Informations-Dienst



zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 168 12. MÄRZ 1977

D 1870 CX

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 koln
der andere buchladen
zulpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tubingen
aktion politischer buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 munchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zurich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto:
frankfurter informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".



EINE HINTERHAUS–MITTEILUNG:

WER DRUCKT DEN ID? DER DRUCKLADEN!

Den Druckladen gibt's seit 1 1/2 Jahren.
Das Projekt ist entstanden aus der Sponti-Bewegung in Frankfurt und im Zusammenhang mit der Erweiterung der ID-Produktion. Wir sind jetzt in Kürze 5 Frauen und 6 Männer, die hier so etwas wie kollektive Arbeitsform versuchen zu praktizieren. Da stoßen wir auf Grenzen in uns selber und Grenzen, die uns die Ökonomie setzt. Das hängt zusammen. Wir wollen nicht so hektisch produzieren, Vier-Tage-Woche, Jeder soll Alles lernen. Über Büro, Montage, Repro, Druck bis zur Endverarbeitung. Wir wollen möglichst oft die Arbeitsplätze untereinander wechseln, weil sonst so ne Eintönigkeit aufkommt und sich Expertenwesen etabliert.

Wir haben auch bewußt Leute aufgenommen, die grade keine Ahnung von dem ganzen Druckereiwesen hatten, weil wir denken, daß jeder sich diese Qualifikationen im Kollektiv aneignen kann. Das hat sich schon ganz gut erwiesen. Gerade für die Frauen bei uns hat das ne wichtige Bedeutung, weil ihnen in Druckereien und anderen technischen Betrieben die Fähigkeit, die Tätigkeiten zu erlernen, abgesprochen werden.

Das bringt Probleme beim Anlernen, und wie wir mit den traditionellen Rollen anders umgehen lernen. Da könnten wir jetzt eine zehnbändige Dokumentation füllen, was

ARBEITSKONFERENZ ZUM RUSSELL-TRIBUNAL AM 26./27. MÄRZ IN FRANKFURT

FRANKFURT
10. März 1977

Der Initiativausschuß zur Vorbereitung des Russell-Tribunals einigte sich am 26. Februar in Frankfurt nach langwierigen Diskussionen auf einen gemeinsamen Aufruf, der im nächsten ID abgedruckt wird. Damit wird der im ID Nr. 165 abgedruckte vorläufige Aufruf hinfällig. Als neuer Termin für die Arbeitskonferenz wurde der 26./27. März festgelegt.

Es sind nochmals alle Gruppen und Initiativen, die gegen die Repression arbeiten, aufgerufen, sich mit ihren Erfahrungen in die Vorbereitung für das Tribunal einzubringen. Bereitet bitte schriftliches Material für die Arbeitsgruppen vor (siehe ID 165);

Da nicht abzusehen ist, wie groß die Beteiligung sein wird, sollten die Gruppen nicht mit mehr als zwei bis drei Vertretern erscheinen. Sie werden gebeten, ihre Teilnahme bis zum 19. März bei der Adresse

Jens Huhn, Haydnstr.3, 6450 Hanau anzumelden.

ALTERNATIVER FLOHMARKT

Mannheim
10. März

Die Arbeitslosenselbsthilfe in Mannheim plant für Samstag, den 19. März einen alternativen Flohmarkt. Gruppen, die

DOKUMENTATION DER DRUCKER ZUM ARBEITSKAMPF IN ELLWANGEN

FRANKFURT
9.März

Die Aalener IG Druck und Papier hat eine Dokumentation zu den Prozessen herausgegeben, in denen verschiedene württembergische Verlage gegen 14 Kollegen Schadenersatzforderungen erheben. Die Kollegen hatten während des Druckerstreiks 1976 die Auslieferung von ,Notzeitungen' verhindert, die von Streikbrechern gedruckt worden waren (vgl. die ID Nummern 133,135,165,167). Zu den bisher über 5000 Unterschriften für die Einstellung des Verfahrens müssen noch viele weitere gesammelt werden. Hier noch einmal der von den Kollegen vorgeschlagene Text:

UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG

Wir fordern die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen 14 Streikposten vor dem Schwabenverlag Ellwangen.
Für ein uneingeschränktes Recht auf Streik.

Name Adresse

(Diese Unterschriftensammlung wird nicht veröffentlicht. Die Anzahl der Namen lassen wir notariell beglaubigen.)

Das Dokument ,Kündigungen,Schadenersatz,Strafbefehle gegen Streikposten' ist für 1 DM zu beziehen bei der **IG Druck und Papier,Ortsverein Aalen, Bahnhofstraße 70, 7080 Aalen.**

und Monika Herzig legte Kündigungsschutzklage ein. Am 30.November 76 wurde der Prozeß gewonnen, Pierburg sollte die Vertrauensfrau wieder einstellen und weigerte sich, legte Revision ein.

Darauf folgte, bei Aufrechterhaltung des Hausverbots, eine fein angelegte Diffamierungskampagne, der Versuch, durch die Trennung von den Kollegen und den Vorgängen im Betrieb, Monika Herzig zu isolieren; sicher war nur die Entschlossenheit der Firmenleitung: sie sollte nicht mehr in den Betrieb zurück.

In der 2.Instanz zog der Arbeitgebervertreter Immig die fristlose Kündigung zurück, nachdem ihm der Richter Pünnel angedeutet hatte, daß das günstiger sei für die Firma. Sollte man meinen, nun sei der Prozeß endgültig gewonnen, Monika könne wieder arbeiten und Isblierung und Zerrütung hätten ein Ende. Das war nicht so. Nächster Schachzug der Geschäftsleitung war die fristgerechte Kündigung trotz Widerspruch des Betriebsrats und die Aufrechterhaltung des Hausverbots, also die Weiterführung der Vereinzelungspolitik.

So kam es, daß erst zum angesetzten Termin des Arbeitsgerichts am 1.März 1977, wo die neue Sachlage verhandelt werden sollte, der Betriebsrat durch einen Arbeitgebervertreter erfuhr — Monika Herzig habe eine Abfindungszahlung 8.200 DM angenommen. Aber schon am 18. Februar war dies von demselben Arbeitgebermann dem zuständigen DGB-Rechtsschutzsekretär mitgeteilt worden — der hatte es nicht für nötig gehalten, die Kollegen bei Pierburg zu informieren, was ganz der ,Sozialpartner-Taktik' der Gewerkschaft entspricht.

Monika hatte in der Zwischenzeit mit keinem Wort den Kollegen gegenüber, die sie bisher unterstützt hatten, diese Abfindung und ihre Annahme erwähnt; hatte und hat

da so alles abläuft. Wir werden versuchen, im Pflasterstrand und in öffentlichen Diskussionen das zu schildern.

Was wichtig ist, ist, daß wir mit diesem Konzept nicht nur von der Ökonomie auf die ‚realistisch machbare Ebene' gezwungen werden, sondern auch von vielen anderen linken Projekten. Wenn wir zum Beispiel nicht die‚notwendigen' Hierarchien, die ‚effektivere' Arbeitsteilung akzeptieren wie sie, dann werden wir für Spinner gehalten, Gerüchte entstehen und darüber werden wir auch boykottiert.

Diese Diskussionen gab's beim letzten VLB (Verband Linker Buchläden), wo darüber hinaus einige Verlage die Existenzberechtigung von linken Druckereien bestritten und alles rein ökonomisch erklärten. Die bürgerlichen Druckereien seien billiger, besser, und und und.

Wir sind erst mal unbequemer und meinen, das ist auch gut so.

Einige Verlage machen jetzt auch Erfahrungen mit politischer Zensur, und dann kriegen linke Druckereien auch noch einen anderen Stellenwert. Wichtig sind wir hier für die regionale politische Szene rund um Frankfurt, Darmstadt, Mainz, Wiesbaden,Heidelberg... Da drucken wir auch einige Stadtzeitungen und sonstige Periodika wie eben auch den ID, die ‚Autonomie', den Pflasterstrand usw.

Technisch ausgestattet sind wir mit einer ‚Heidelberger Rotaspeed' für's Format 72 x 102 cm, einer Solna für 43 x 61 und einer A 3-Rotaprint . Zwischen den periodischen Aufträgen und den Plakaten, Broschüren und Büchern können wir noch Aufträge entgegennehmen. Die Weiterverarbeitung mit Falzmaschine und Sammelhefter betreiben wir zusammen mit dem ID,und da können auch noch andere Projekte mitmachen..............

sich daran beteiligen wollen, wenden sich an die Arbeitslosenselbsthilfe, Tel. 0621/36888

WEGEN GEFANGENENMEUTEREI IM MAI 76 FINDET JETZT EIN PROZESS STATT

SCHWÄBISCH GMÜND 2.März — Am **16.März um 13.30 Uhr** findet vor dem **Amtsgericht in Schwäbisch Gmünd Zimmer 28** der Prozeß gegen Bettina Vake, Beate Koloseike u.a. wegen der Meuterei im Mai 76 in Gotteszell statt (siehe auch ID 128, 129,130,131,133).

Eine Frau vom Mannheimer Frauenzentrum, die mit 30 anderen vor dem Knast in Gotteszell demonstrierte, wurde als einzelne rausgeschnappt, als Rädelsführerin angeklagt und am 1.März 77 von dem Vorwurf freigesprochen.

SOZIALPOLITISCHES TREFFEN

HEIDELBERG 7. März 77 — Am 16./17. April 77 findet um 9 Uhr in den Räumen des Collegium Akademicum (CA) in der Seminarstr. 2, Heidelberg,ein regionales sozialpolitisches Treffen statt. Initiator ist die AG SPAK (Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise). Eingeladen sind alle Gruppen, Projekte, Initiativen und Einzelpersonen, die sich im Raum Heidelberg sozialpolitisch betätigen oder engagieren wollen. Ein Vortreffen findet am 30. März 77 (Mittwoch) um 19 Uhr im CA statt.

Kontakt : AG SPAK c/o Pinocchio, Plöck 71, 69 Heidelb.
oder : Joachim (06221)24811, Wolfgang 13210

PIERBURG'S ERFOLGREICHER PSYCHOTERROR

NEUSS 7.März — Am 6.Oktober 1976 wurde die Vertrauensfrau Monika Herzig, die bei der Autogerätebaufirma Pierburg am Band arbeitete, fristlos entlassen und erhielt Hausverbot (siehe auch ID Nr. 163). Anlaß war für die Geschäftsleitung ihre engagierte Rede während der Betriebsversammlung am 30.9.76. Sie hatte die Forderung der Vertrauensleute nach einem 13.Monatsgehalt unterstützt und angemerkt: „Eines Tages rummst es wieder hier wie vor einigen Jahren. Vielleicht kriegen wir so unser 13. Monatsgehalt". (so die Geschäftsleitung im Kündigungsschreiben. Gemeint war der Streik 1973, der, hauptsächlich von den Frauen getragen, für die Abschaffung der unteren Lohngruppen sorgte.) Sie hatte die Arbeitshetze am Band kritisiert und die Heraufsetzung der Stückzahlen abgelehnt, aus 900 Vergasern pro Tag sollten 1300 werden; aber die Frauen konnten schon bei 900 nicht ohne Anschiß aufs Klo gehen. Das wurde in der Kündigung „Aufruf zur Minderleistung" genannt. Sie sollte ‚Unwahrheiten' erzählt haben, als sie die Briefe zur Sprache brachte, die von der Geschäftsleitung an kranke Mitarbeiter verschickt wurden,um durch Angst vor Entlassung Arbeitsleistung trotz Krankheit und Ducken trotz Schinderei zu erzielen. In den Briefen steht geschrieben: „Bei Durchsicht Ihrer Arbeitsunterlagen stellten wir fest, daß Sie schon längere Zeit infolge Krankheit fehlen. Da wir ihren Arbeitsplatz nicht unbegrenzt freihalten können, bitte wir um Mitteilung, wie lange voraussichtlich Ihre Krankheit dauert bzw. ob Sie an einer weiteren Mitarbeit noch interessiert sind".

Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung protesierten gegen die Kündigung, die IG Metall gewährte Rechtsschutz offensichtlich Angst, ihnen einfach nur zu sagen, daß sie nicht mehr könne und eine Zahlung annehmen würde. Bleiben zunächst nur Spekulationen und die Feststellung, daß gerade nachdem sie monatelang um ihren Arbeitsplatz gekämpft hatte, sie sicher nicht von selbst darauf gekommen sein kann, eine Abfindung anzunehmen, obwohl 8200 DM für sie sehr viel Geld ist; daß eben der Psychoterror der Pierburg-Geschäftsleitung Erfolg gebracht hat, Monika zum Aufgeben ‚überredet' wurde von dem Druck, den sie nicht mehr aushalten konnte.
Nach Bekanntwerden der Nachricht war die Stimmung im Betrieb natürlich dementsprechend. Die Vertrauenskörperleitung setzte die Diskussion über die Auflösung des Betriebsrats auf ihre Tagesordnung.

PIERBURG–BETRIEBSRAT: WIR SIND NICHT KÄUFLICH!

NEUSS 7.März — *Die Diskussionen im Betrieb nahmen nach dem doch ziemlich deprimierenden Ergebnis beim Arbeitsgerichtsverfahren von Monika Herzig eine überraschende Wendung, als die Verhandlung gegen den Kollegen Kelidis begann.*

Am 29.Oktober 1976 wurde der Betriebsrat der Autogerätebau-Firma Pierburg von der Geschäftsleitung über die beabsichtigte fristlose Kündigung des Betriebsratsmitgliedes Anestis Kelidis unterrichtet. Der 1971 als Dolmetscher für griechisch und türkisch eingestellte Kelidis war seit 1974 im Betriebsrat und auch Mitangeklagter im Pierburg-Prozeß, der gegen 4 Betriebsräte geführt wurde, die den Streik zur Abschaffung der unteren Lohngruppen 1973 organisiert haben sollten.

Schon damals waren die eigenartigen Methoden der Geschäftsleitung aufgefallen, als der Hauptzeuge seine Aussage widerrief, von Bedrohungen durch den griechischen Geheimdienst und die Geschäftsleitung sprach und nach Widerruf des Widerrufs spurlos verschwand. Jetzt wollte Pierburg den unbequemen Griechen Kelidis zum zweiten Mal loswerden und das gleich zusammen mit der Vertrauensfrau Herzig und der Betriebsratsskeretärin Nowak (bei denen es auch gelingen konnte).

Begründung der Kündigung war, daß Kelidis seinen ‚Arbeitsvertraglichen Verpflichtungen' nicht nachgekommen sei, belegt durch eine Liste von anscheinend zusammengespitzelten Versäumnisdaten. Über die vorher diskutierte „Aufforderung zur Arbeitsniederlegung", derer sich Kelidis schuldig gemacht haben sollte, als er zum Streik für ein 13. Monatsgehalt aufgerufen habe, kein weiteres Wort. Der Betriebsrat stimmte der Kündigung nicht zu, Kelidis konnte durch Zeugen die Unrichtigkeit der Vorwürfe belegen, da er ein Vorgehen der Geschäftsleitung gegen sich geahnt und sich abgesichert hatte, indem er bei jeder Gelegenheit Kollegen von seinem Tun unterrichtete.

In erster Instanz des Prozesses, in dem die Firma Pierburg die Ersetzung der Zustimmung zur Kündigung durch das Arbeitsgericht anstrebte, verlor der Betriebsrat.

Am 4.März 1977 fand die Verhandlung in 2.Instanz vor dem Landesarbeitsgericht Düsseldorf statt. Der Vorsitzende Richter Friedrichs schilderte die Rechtslage und sagte, daß er verpflichtet sei, Herrn Kelidis ein Vergleichsangeobt zu machen. Er ging aus von der Dauer der Beschäftigung und dem Jahresverdienst von Kelidis, sowie dem bestehenden Kündigungsschutz für Betriebsräte, und nannte ein eine Summe von 100 000 DM (Einhunderttausend). Daraufhin wurde die Verhandlung unterbrochen und die anwesenden Betriebsräte zogen sich zur Beratung zurück. Zusammen mit dem Rechtsschutzsekretär des DGB, Fischer. Kelidis sagte: „Wir haben 7 Jahre zusammengearbeitet,wir sind nicht käuflich!" Im Verhandlungsraum wiederholte der Richter sein Angebot und Kelidis seine Ablehnung. Drei Mal noch wurde Kelidis gefragt, ihm wurde mitgeteilt,daß seine Chancen, den Prozeß zu gewinnen, 50 zu 50 ständen und gesagt, er solle nicht auf seine Betriebsratskollegen hören und die Betriebspolitik aus dem Spiel lassen. Für Kelidis, der ohnehin wieder nach Griechenland zurück will (irgendwann, aber in absehbarer Zeit) hätten diese 100.000 DM eine voll gesicherte Existenz bedeutet, trotzdem sagte er, er höre auf die Kollegen, mit denen er jahrelang zusammengearbeitet habe und er nehme kein Geld von Pierburg.

Am Nachmittag erging das Urteil: 1.Das Urteil der ersten Instanz wird aufgehoben.2. der Antrag auf Ersetzung der Zustimmung zur fristlosen Kündigung des Betriebsratsmitglieds Kelidis wird zurückgewiesen. Der Betriebsrat hat den Prozeß in zweiter und damit letzter Instanz (da dies keine Sache für das Bundesarbeitsgericht ist) gewonnen.
Im Betrieb herrscht Hochstimmung, der Vertrauenskörper diskutiert jetzt nicht mehr über die Auflösung des Betriebsrates.

WIE DIE FIRMA PITTLER AUS KURZARBEIT GELD MACHT UND DEN BETRIEBSRATSVORSITZENDEN RAUSWIRFT

FRANKFURT 4. März Die Langener Maschinenfabrik Pittler, die sich seit Jahren durch Kurzarbeit und Entlassungen die Profite zu sanieren versucht und vom Betriebsratsvorsitzenden Bruno Belawa dabei behindert wurde (vgl. ID 69), hat Belawa am 9. Februar fristlos entlassen (vgl. ID 167). Leute vom ID sprachen mit Belawa zwei Wochen nach der Kündigung.

EIN BETRIEBSRAT, DER DEN MUND AUFMACHT

Der Kollege Belawa hat seit 1962 als Schleifer bei Pittler (Fertigung: hauptsächlich halb- und vollautomatische Drehmaschinen in Einzelfertigung, überwiegend für den Export) gearbeitet. Seit 1970 war er im Betriebsrat, seit 1974 Konzern-Betriebsratsvorsitzender. Das Unternehmen hatte in ihm keinen bequemen Betriebsrat. Er legte Informationen über die Geschäftspolitik, über die Hintergründe von Kurzarbeit, Entlassungen und Überstunden offen, um die Belegschaftsinteressen zu wahren. Hier einige der 18 Punkte des Kündigungsschreibens:

— In einer Betriebsversammlung 1971 griff Belawa die unterschiedliche Bezahlung indischer Kollegen (Pittler beschäftigt 1500 Mitarbeiter, davon sind ca. 160 Ausländer, die meisten sind Facharbeiter wie der Großteil der 700 Arbeiter) und die Führung von schwarzen Listen durch die Abteilungsleiter an. Die Geschäftsleitung macht daraus : Diffamierung von Führungskräften.

— In einer Betriebsversammlung 1972 kritisierte Belawa das Unternehmen, weil entlassene Kollegen vor die Wahl gestellt wurden, entweder aus werksgeförderten Wohnungen auszuziehen oder den Baukostenzuschuß zurückzuzahlen. Der Prozeß in dieser Sache wurde 1975 gewonnen, und die Firma hat inzwischen 140000 DM an die Mitarbeiter zurückgezahlt! Das Geld hatte sie bis dahin als zinsloses Darlehen der Mieter werksgeförderter Wohnungen benutzt. Die Geschäftsleitung machte daraus:„wahrheitswidrige Angaben".

— Da man Belawas Betriebsrats-Tätigkeit behinderte, hat er sich nach der Dienstzeit noch hingesetzt, um seine Betriebsratspflichten zu erfüllen. Die Geschäftsleitung machte daraus: Nichteinhaltung der Arbeitszeit! Während dieser Zeit war Belawa noch nicht freigestellt. „Als Akkordarbeiter mußte ich hinklotzen, um mal zwei Stunden rauszuschinden, daß ich mit den Kollegen reden konnte."

— In einer Sendung, die die Gewerkschaftsjugend von Pittler im Zweiten Deutschen Fernsehen am 25. März 1972 machte, schilderte Belawa folgenden Fall: Ein schwerbeschädigter Kollege hatte gerade einen Herzinfarkt überstanden. Kurze Zeit danach sollte er gekündigt werden. Der Betriebsrat fürchtete eine weitere gesundheitliche Schädigung und widersprach deshalb der Kündigung. Die Geschäftsleitung machte daraus:„bewußt falsche Darstellung eines betriebsinternen Falles."

— Bis Mitte 1974 hatte Pittler 80 Leute neu eingestellt, danach wurden Überstunden gefahren, und bis September wurden in drei Wellen dann insgesamt 314 Arbeitsplätze eingespart! Einen Sozialplan gab es nicht. Belawa drohte mit Prozessen und Einschaltung der Öffentlichkeit:„Damit sie überhaupt ein bischen spuren — von alleine machen sie nichts!" Im Lokalblatt ‚Dreieich-Spiegel' vom 12. Sept. 1974 erschien der Artikel „Hier laufen alle geduckt herum". Die Geschäftsleitung machte daraus:„geschäftsschädigendes Verhalten und arbeitsvertragliches Fehlverhalten."

— Mitte 1975 wurden die Preise um 10,2% angehoben. Die tarifliche Lohnerhöhung von 6,8% zu zahlen war die Geschäftsleitung aber nicht bereit; gezahlt wurden rund 4%. Dem Betriebsrat wurde gesagt, man könne die 6,8% nicht zahlen. Im ‚Dreieich-Spiegel' vom 4. März 1975 hieß es:„Belawa rügt Pittler-Vorstand."

— Am 28. Februar 1975 erklärte der Vorstand, es sei unwahr, daß über neue Entlassungen auch nur nachge-

dacht würde. Am 23. Mai hieß es: Was kann uns hindern, nach zwei Monaten schlauer zu werden? Die bevorstehende Entlassung von 160 Mitarbeitern wurde nicht dementiert. In der genannten Nummer des ‚Dreieich-Spiegels' erschien die Überschrift: „Pittler-Betriebsratsvorsitzender Belawa: Man hat uns nicht die Wahrheit gesagt". Die Geschäftsleitung machte daraus: „Weitergabe interner Mitteilungen an die Öffentlichkeit."

– Ein Betriebsratsmitglied (Angestellter) handelte mit dem Vorstand einen außertariflichen Arbeitsvertrag aus, wollte aber trotzdem für den Betriebsrat kandidieren (ausgerechnet auf einer „Liste der Vernunft"!) Belawa machte ihn darauf aufmerksam, daß er sich zwischen den Interessen des Vorstandes und der Belegschaft entscheiden müsse. Die Geschäftsleitung machte daraus: „Behinderung einer Betriebsratskandidatur." —Das war im März '75.

– Am 1. Oktober stellte Pittler den Antrag auf Genehmigung von Mehrarbeit, nachdem bereits ab März wöchentlich 51 Stunden gearbeitet worden waren! Der neue Antrag lautete auf 60 Stunden pro Woche. Der Betriebsrat versagte die Zustimmung, weil die Begründung wahrheitswidrig sei. Am 8. Oktober stimmte er schließlich zu, weil er von der Geschäftsleitung unter Druck gesetzt wurde: die Firma würde angeblich ohne die Überstunden pleite gehen. Belawa rief beim Gewerbeaufsichtsamt an, um klarzustellen, daß mit dieser Genehmigung nicht die einzelnen Leute gezwungen werden konnten, an 6 Tagen je 10 Stunden zu arbeiten! Die Firma macht daraus: „schwere Geschäftsschädigung."

– Zur Aktionärs-Hauptversammlung verschaffte sich Belawa das Rederecht ohne Maulkorb, das er als Betriebsratsvorsitzender nicht hatte, indem er zwei Aktien der Firma Pittler kaufte. „Dann hab' ich mit zwei Aktien gegen 18 Millionen angerotzt!" Als gesagt wurde, die Gewerkschaften sollten nicht so hohe Lohnforderungen stellen, wies Belawa auf die 4% Lohnerhöhung hin. Die Bilanzverluste 1975 könnten darauf nicht zurückzuführen sein. Pittler werde nicht ordentlich geführt. Die Geschäftsleitung machte daraus: schwere Geschäftsschädigung.

– Im ‚Dreieich-Spiegel' vom 3. Dezember („Riese Pittler angeschlagen") erklären vier Betriebsräte, Mitglieder des Wirtschaftsausschusses, zu Kurzarbeit und Entlassungen könnten sie nichts sagen, weil kein Personalplan usw. vorliegt. Die Betriebsräte würden zu spät eingeschaltet. Pittler trage seine Belastungen auf dem Rücken der Belegschaft aus, die Arbeitsplätze seien in Gefahr. Die Geschäftsleitung macht daraus: Weitergabe betriebsinterner Informationen. Am 10. Dezember gab sie dann selbst wirtschaftliche Schwierigkeiten zu („Frankfurter Rundschau"). Erst 1978 könne endgültig gesagt werden, welcher Personalbestand notwendig wäre.

– Am 13. Januar 1977 distanziert sich eine Minderheit im Betriebsrat von einem Mehrheitsbeschluß, in dem der Betriebsrat die Kurzarbeit ablehnte. Daraufhin stellt der Vertrauensleutekörper in einem Flugblatt erstmalig die wahren Ursachen der geplanten Kurzarbeit dar: Fehlplanung und Fremdvergabe von 140000 Fertigstunden! Die Geschäftsleitung macht daraus: Verstoß Belawas gegen die Geheimhaltungspflicht.

– Im Kurzarbeits-Antrag vom 27. Januar 1977 machte die Firma wahrheitswidrige und unvollständige Angaben, die auch von einem Teil des Betriebsrates gedeckt wurden: Für die Betriebsleistung 1976 von 117,5 Mio. DM wurden 1,034 Mio. Stunden in der Fertigung benötigt. Die Firma behauptete, für die gleiche Leistung 1977 nur 0,750 Mio. Stunden zu benötigen. Nach Pittler mußte kurzgearbeitet werden, weil für 53000 Fertigungsstunden die Aufträge fehlten. Dem Arbeitsamt wurde verschwiegen, daß 1976 60000 Überstunden gefahren wurden und 136000 Stunden an Unterlieferanten vergeben wurden, um die Betriebsleistung 1976 zu erbringen.
Weiter wurde der Auftragsbestand zum 1. Januar 1976 fälschlich mit 66 Mio. DM angegeben; er betrug in Wirklichkeit 40 Mio. DM Der Auftragsbestand zum 1. Februar 1977 (vorgesehener Beginn der Kurzarbeit) dagegen betrug über 60 Mio. DM. Pittler schrieb ans Arbeitsamt, die Betriebsleistung werde 14% niedriger sein als 1976. Zur gleichen Zeit ging den Kunden eine Verlautbarung zu, in der der Vorstand schrieb:
„... möchten wir Ihnen gleichzeitig mitteilen, daß wir ... nach einem schwierigen Jahr 1976 optimistisch in das neue Jahr blicken.
Unsere Zuversicht begründet sich in einem um 50% höheren Auftragsbestand gegenüber Anfang 1976 und in dem auf sicherer Basis erstellten um 18% höherer Umsatzplan für 1977.
Diese Steigerung in einer, wie wir erwarten, konjunkturell immer noch gedrückten Situation erfolgt insbesondere durch das Einfließen neuentwickelten Produkte ...
Wir bauen darauf, daß wir uns auch weiterhin Ihres Vertrauens erfreuen dürfen."
Das veranlaßte Belawa und einen weiteren Betriebsrat, die von Pittler verschwiegenen Zahlen dem Frankfurter Arbeitsamt mitzuteilen. Die Firma:
„Wörtlich erklärte Herr Belawa Teilen der Belegschaft ‚nichts bezüglich der Kurzarbeit sei klar, er sei am Vormittag beim Arbeitsamt ... gewesen ... Die Herren des Arbeitsamtes würden hier vorsprechen, wenn der Staat sich jetzt noch bescheißen ließe, dann sei das seine (des Staates) Sache'."
Die Geschäftsleitung nennt das „unzulässige Einmischung", die ohne sofortiges Einschreiten des Vorstandes zur Ablehnung der Kurzarbeit geführt hätte. – Im übrigen glaubte das Arbeitsamt letzten Endes der Geschäftsleitung ...

– Für sich allein spricht der letzte Punkt im Kündigungsschreiben, der Belawa vorwirft, er wolle „alle zu kündigenden Mitarbeiter veranlassen, gegen ausgesprochene Kündigungen beim zuständigen Arbeitsgericht Klage zu erheben". Belawa: „Dafür ist der Betriebsrat ja da!"

"DIE EINZIGE VERFEHLUNG WAR, DAß ER DAS KAPITAL ANGEGRIFFEN HAT"

Über die Lage bei Pittler sagt Belawa: „1973 haben sie den Akkord abgeschafft, stattdessen haben wir jetzt Prämie. Den durch Mehrleistung erzielten Verdienst, nämlich 25% Anteil vom Akkordlohn, haben sie als freiwillige Werkszulage deklariert, und bis 1976 bereits einen Teil der bisherigen Lohnerhöhungen darauf angerechnet, anstatt die Löhne zu erhöhen. Dagegen läuft seit 1976 ein Arbeitsgerichtsprozeß. Der Betriebsrat hat damals der Akkordabschaffung nur zugestimmt, wenn keine Verdienstminderung eintritt. Wir haben Jahre verhandelt und wieder verhandelt; dann haben die gesagt, ihr führt ja nur einen Scheinkrieg um Mitbestimmungsfragen – daraufhin gab's den Prozeß."
Jetzt werden die 6,9% aus der Lohnrunde '77 ebenfalls darauf angerechnet. Das heißt: 14,6% der Leistung werden erbracht, ohne dass die Firma Pittler dafür bezahlt.

„Investiert wurde seit Jahren kaum etwas, die Maschinen sind durchschnittlich älter als 13 Jahre. Warum sollen wir investieren? , sagt der Vorstand, sollen doch die Unterlieferanten die Maschinen kaufen! Fremdvergabe wird dadurch wirtschaftlicher. Und gleichzeitig Kurzarbeit." Pittler kann auf diese Weise Teile der Produktion auslagern und trotzdem seinen Facharbeiterstamm halten – die Rechnung bezahlt das Arbeitsamt. Ohne Bedarfs-, Belegungs- und Terminplanung (so der Vorstand selbst am 9. Dezember 1976 an die Aktionäre) wird Kurzarbeit nach der Geldsumme beantragt, die dabei herausspringen soll, nicht nach den Fertigungskapazitäten. Belawa: „Warum sie nicht investieren? Um die Bundesregierung in die Knie zu zwingen. Nur nicht ankurbeln! Ins Ausland mit dem Geld, oder hier rationalisieren! Das Kapital hat eben bei uns die Macht, das sage ich ganz offen, und ich bin SPD-Mitglied. Welches Recht haben die Herren aus den Vorstandsetagen, ganze Betriebe in Gefahr zu bringen? "

BELEGSCHAFT UND BETRIEBSRÄTE: UNEINS, RATLOS

Bei den letzten Betriebsratswahlen 1975 hatte die Liste 2 (Belawa/Schmidt) bei den Arbeitern mit 60% gegen die Liste 1 gewonnen. Die Liste 1 war „immer für Kompromisse zu Lasten der Arbeitnehmer; mit Ausnahmen haben ihre Vertreter der Kurzarbeit, den Entlassungen und der Mehrarbeit zugestimmt" (Belawa). Sie machten Propaganda gegen Belawa, der auf ihren Plakaten als Schweinchen Schlau mit dem Ruf „Mir nach!" mit dem Kopf gegen die Wand dotzte...

Am 3. Februar 1977 versuchte die Geschäftsleitung mit einem dreisten Brief den Betriebsrat dazu zu bewegen, Belawas Rücktritt zu erzwingen. Damals lehnte der Betriebsrat immerhin mehrheitlich ab, das Schreiben überhaupt anzunehmen. Am 7. Februar kam dann die Aufforderung, der fristlosen Kündigung zuzustimmen. Diesmal stimmte der Betriebsrat mit 9 zu 6 Stimmen zu! Dazu gibt es Zeugenaussagen von zwei Betriebsräten aus Dietzenbach, die belegen, daß ein Betriebsratsmitglied in der Öffentlichkeit die Aussagen gemacht hat, das Abstimmungsergebnis stehe schon vorher fest. Unter anderem deswegen ist für Belawa die Zustimmung des Betriebsrats nach dem Betriebsverfassungsgesetz unwirksam.

„Innerhalb einer Stunde mußte ich raus aus dem Betrieb. Ich durfte nicht einmal mehr meine Sachen holen. Zur gleichen Zeit hat die Firma Polizei angefordert, um mich gewaltsam entfernen zu lassen, für den Fall meiner Weigerung, das Werk zu verlassen. So wird noch nicht einmal einer behandelt der gestohlen hat!" Nachfolger Belawas wurde zwar ein Kollege aus der Liste 2 – aber seit der Kündigung haben sich Angst und Unsicherheit verstärkt. Die Kollegen sagen hinter vorgehaltener Hand: „Seine einzige Verfehlung war, daß er das Kapital angegriffen hat."

ARBEITSGERICHTSPROZESS UND SOLIDARITÄTSAKTIONEN

Gleich am nächsten Morgen nach der Entlassung verteilten die Langener Jungsozialisten Flugzettel: „Sie haben euren Betriebsratsvorsitzenden gefeuert!" (Der Betriebsrat selber hatte darüber erstmal Stillschweigen bewahrt.) Kommentar der Kollegen: „Wie konntet ihr als Arbeiter einen Arbeiter rausschmeißen? " – Den Jungsozialisten steht noch Ärger mit ihrem SPD-Ortsverein ins Haus.

Die IG Metall gewährt Belawa Rechtsschutz. Dietzenbacher Betriebsräte forderten die IG Metall darüber hinaus auf, in der Zeitung ‚Metall' dazu Stellung zu nehmen, weil sie sich durch diese und ähnliche Fälle (vgl. den Fall toom-Markt im ID 167 und den ‚Spiegel' vom 28. Februar 1977) als Betriebsräte bedroht und verunsichert fühlen.

ABFINDUNG ABGELEHNT

Am 7. März fand um 11.45 Uhr im Arbeitsgericht Offenbach ein Gütetermin in „Sachen Pittler-Belawa" statt. Kollegen von Pittler und anderen Betrieben waren immerhin so zahlreich erschienen, daß der kleine Saal voll wurde (ca. 30 Leute). Auf die Frage des Richters Becker-Schaffner, ob man überhaupt an einer gütlichen Einigung interessiert sei, antwortete Bruno Belawa, nur wenn sie die Rücknahme der Kündigung beinhalte. Der Arbeitgeber-Anwalt Niederhausen meinte, daß die Firma Pittler dazu nicht gekündigt habe. Nachdem Belawa mehrmals die Frage, ob er eine Abfindung annehmen wolle, verneint hatte, nachdem der Richter ihm mitgeteilt hatte, daß so ein Prozeß 6 (sechs) Jahre dauern würde, daß ein Kammertermin erst im Juni zu haben sei, und ob er sich das richtig überlegt habe usw. führte Michno (IGM Frankfurt) kurz aus, die IGMetall sei jetzt noch nicht an einem Vergleich interessiert, denn gerade bei BR-Mitgliedern bürgere sich dieses Verfahren sonst ein, weshalb sie wachsam sein müsse. Sonst sagte er, sei sie ja immer bereit, schnell die Hand zu reichen. Belawa: „Die Firma hat doch überhaupt kein Geld, wie kann ich da verantworten, eine Abfindung anzunehmen. Ich muß doch erstmal den Grund für meine Kündigung erfahren." (Gelächter).

Daß der Kammertermin auf den 16. Juni, 9.00 Uhr, gelegt werden konnte, obwohl es um eine fristlose Kündigung geht, obwohl der Richter Belawa mitteilte, daß er etwaige Ar-Arbeitsvermittlungsangebote in der Zwischenzeit annehmen müsse, läßt auf eine Austrocknungsstrategie schließen. Das und solche Nebensätze, wie der des Richters, daß der Prozeß soundsolange dauern könne, sind Mittel zur psychischen Zerrüttung. Soll die haltlose Rechtsvertretung der IGMetall, die nicht einmal in der Lage war, gegen den späten Kammertermin zu protestieren (Michno: „Mißliche Lage"), die lediglich Formalgeplänkel bieten konnte, nun die einzige Hoffnung für Belawa sein, und für die, die durch seine Kündigung ihre Arbeit in den Betrieben gefährdet sehen?

Kontaktadressen: Günter Hippler, Friedhofstr. 16, 6070 Langen, Tel. 06103/21682 und Bruno Belawa, Sophienstraße 33, 6070 Langen.

PROTESTERKLÄRUNG IN SACHEN WOLF BIERMANN

FRANKFURT 7. März

Die ÖTV-Betriebsgruppe im Institut für Sozialforschung an der Uni Frankfurt hat gegen den Beschluß des DGB-Kreises Frankfurt protestiert, Wolf Biermann nicht in einem kulturellen Programm zusammen mit anderen Künstlern am Nachmittag des 1. Mai 1977 auftreten zu lassen. In der Frankfurter Rundschau vom 8. März erklärte der DGB, es habe keine Einladung an Biermann gegeben, 'lediglich eine unverbindliche Terminanfrage' des mit der Zusammenstellung des Kulturprogramms beauftragten Mitarbeiters, wie überhaupt DGB- und SJD-Die Falken-Funktionäre krampfhaft versuchen, die Ablehnung eines Biermann-Auftritts im Kreisvostand des DGB herunterzuspielen. Hier die Erklärung der ÖTV-Kollegen:

„Die Mitglieder der ÖTV des Institus für Sozialforschung haben mit Empörung zur Kenntnis genommen, daß der Kreisvorstand des DGB Frankfurt sich weigert, den Liedermacher Wolf Biermann im Rahmen des kulturellen Programms zum diesjährigen 1. Mai auftreten zu lassen.

Gleichgültig wie man zu den einzelnen politischen Positionen von Wolf Biermann stehen mag, wenden wir uns entschieden gegen dieses 'Berufsverbot'. Die Ursachen liegen unseres Erachtens nicht in dem angeblichen 'Antikommunismus der



maximilian aus münster, 12jähriger zeichner und illustrator aktueller ereignisse, ist autor der nebenstehenden szene . wir haben noch mehr davon

Kollegen', wie Friedel Han das Verbot begründete, sondern in der weiterbestehenden Praxis des sogenannten Radikalenerlasses in der BRD einerseits, wie in der kritiklosen Unterstützung der Politik der Regierung der DDR durch die Gewerkschaftskollegen aus der DKP andererseits, denen es offensichtlich gelungen ist, die Berufsverbotspraxis der DDR auch im Frankfurter DGB durchzusetzen.


Eingedenk der leidvollen Geschichte insbesondere der deutschen Arbeiterbewegung fordern wir daher den DGB wie unsere eigene Gewerkschaft eindringlich auf, das Auftrittsverbot zu revidieren und aktiv dafür einzutreten, daß Kollegen, die die undemokratischen Maßnahmender Herrschenden in der BRD wie auch in der DDR kritisieren, ihre Meinung frei äußern und für die Verwirklichung der Rechte der arbeitenden Klassen eintreten dürfen.
Mit kollegialen Grüßen'

GROSSKUNDGEBUNG GEGEN KKW – GROHNDE AM 19.MÄRZ

GROHNDE 10.März Am 5.3.77 fand in Emmertal/Kirchosen eine regionale Planungskonferenz von über 80 Bürgerinitiativen aus dem norddeutschen Raum statt, die folgenden Aufruf zur Großkundgebung am Atom-Kraft-Werk Grohnde am 19.3.77 einstimmig ohne Enthaltungen verabschiedete:

„Beschluß der Regionalkonferenz am 5.3.77 in Kirchosen ; Aufruf zur Großkundgebung am Atom-Kraftwerk Grohnde am 19.3.77.
Die Regionalkonferenz der Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke ruft alle verantwortungsbewußten Bürger zu einer **Demonstration am Baugelände des Atomkraftwerkes Grohnde am 19.3.1977, 11 Uhr** auf. Nicht nur in Brokdorf hat es eine „Nacht- und Nebelaktion" gegeben, bereits am 8.Juni 76 besetzte die Preußen-Elektra den Bauplatz für ihr Atomkraftwerk Grohnde in ähnlicher Weise, obwohl 14 000 Bürger des Weserberglandes Einspruch gegen das Atomkraftwerk erhoben haben. Der Bau und Betrieb des Atomkraftwerkes sind nun in bedrohliche Nähe gerückt.

Weil wir wissen, daß Atomanlagen unser Leben gefährden, erklären wir: Wir wollen kein AKW in Grohnde und anderswo! Die Bürgerinitiativen fordern:



Zeichenerklärung
M. 1:25000
Verkehrsnetz
Bundesstraße
Bodenbewachsung
Laubwald
Nadelwald
a = Breites Gestell
b = Schmales Gestell, gangbar
c = Schmales Gestell, nicht gangbar
5 Nummer der Forstabteilung
Garten
Park
Nasser Boden
Sand, Kies, Geröll
Schule
Tündern
zu Hameln
Hameln B3
Emmern
Ohsen
Auf dem Bückeberg
Hagenohsen
Kirchohsen
G e m e i n d e
Im Wahrenbohme
AKW
geplanter Platz für Kühltürme
B3
Latferde
Grohnde
Gut
Grohnder Fähre Whs.
Steinberge
G r o h n d e
E m m e
Holzminden

- Sofortige Einstellung aller Bautätigkeiten in Grohnde und Räumung des Platzes!
- Kein AKW in Grohnde und auch nicht anderswo!
- Keine Wiederaufbereitungsanlagen und Atommülldeponien
- Weg mit dem Atomenergieprogramm
- Einstellung aller Ermittlungsverfahren und Strafverfolgungen gegen AKW-Gegner!

Wir suchen keine Konfrontation mit der Polizei, wir wollen das AKW verhindern. Polizisten und Arbeiter am AKW sind nicht unsere Gegner, es geht um die Sache selbst, um die Verhinderung von Atomkraftwerken.
Alle Bürgerinitiativen werden aufgefordert, sich an die hier formulierten Beschlüsse zu halten und Vorbereitungen zur Großkundgebung zu treffen.

Fast alle Initiativen bekräftigten noch einmal, daß sie sich nicht von vornherein ihr Recht auf Platzbesetzung nehmen lassen wollten. Gegen den Willen der meisten BI's war die Kundgebung schon angemeldet worden durch eine Einzelperson, auch die Weserbergland-BI's (vier kleine WSL-Initiativen) waren nicht von einer Anmeldung abzubringen. Der KBW erklärte, er werde die Veranstaltung auch gegen den Willen der anwesenden BI's anmelden, denn ... na ja. Alle waren sich jedoch einig, daß man auch bei einem Verbot die Kundgebung abhält.

Es wurde ein Leitungsgremium gebildet, das sich zusammensetzt aus je einem Vertrauensmann der Städte Hameln, Hannover, Hamburg, Bremen, Göttingen, Kassel, Bielefeld und Münster, drei Delegierten der örtlichen Weserberglandinitiativen, je einem Obmann der Sanitätsgruppe, des Ermittlungsausschusses, der Verkehrsgruppe sowie der Gruppe ‚Schutz' und der Gruppe ‚Information'. Die fünf letztgenannten sind die Gruppen, die für eine erfolgreiche Durchführung der Kundgebung am/auf dem Bauplatz sorgen sollen. Diese ‚Leitung' bestimmt ein arbeitsfähiges Sprechergremium.

Die anwesenden BI's kamen überein, zum 19.3. auf der Kundgebung einen Vertreter der ansässigen Bevölkerung und einen Vertreter der örtlichen BI's sprechen zu lassen. Für die BUU soll Fritz Storim, für Wyhl soll Karl Maier sprechen. Ein Redner aus Lichtenhorst wird zu Wiederaufbereitungsanlagen und Atommülldeponien sprechen.
Darüberhinaus sollen Mossmann, Pommerenke, Prof. Jung und Prof. Jens Scheer eingeladen werden. Das wesentliche Auswahlkriterium dabei war, daß man nur Redner einladen wollte, von denen man annimmt, daß sie kompromißlos und ehrlich hinter den Forderungen des Aufrufs stehen.

Zur Anreise: Sie sollte möglichst nur in Bussen erfolgen und möglichst geschlossen in Blocks oder im Konvoi, um ein Herausgreifen und Festhalten wie am 19.2. zu vermeiden. Man sollte so weiträumig wie möglich die Weser überqueren, wenn man von Osten kommt, da damit zu rechnen ist, daß die umliegenden Weserbrücken unpassierbar sind. Sammelplätze mit Lotsen an den möglichen Anfahrtswegen werden noch bekanntgegeben. Gemeinsame Blöcke (z.B. einzelne Städte) sollten eine eigene Leitung bilden, die dann z.B. den Kontakt zum zentralen Leitungsgremium halten kann. In den Bussen sollten Obleute gewählt werden, die z.B. die Funktion haben können, auch für eine geschlossene Abfahrt zu sorgen und die Vollständigkeit der Busbesatzungen zu überprüfen und ggfs. den Ermittlungsausschuß einzuschalten.

Die vorläufige Kontakt- und Informationstelefonnummer ist: **Hannover 0511/ 71 13 35 Internationalismus Buchladen.**

Die Delegierten aus Hamburg und Hannover schlugen für die Zeit nach dem 19.3.77 vor, eine bundesweite Konferenz über die weitere Strategie und Taktik im Kampf gegen Atomanlagen abzuhalten. In beiden Städten wird z.B. die Fragwürdigkeit der Inflation bundesweiter Großkundgebungen (dreimal Brokdorf, Gorleben, Grohnde,...) diskutiert, sowie die Möglichkeit von Platzbesetzungen, aber nicht nur das.

(aus: Info-BUG, Nr. 146)

STRAFPROZESSE GEGEN GEGNER DES AKW ESENSHAMM GEHEN WEITER

OLDENBURG 3. März

'Ich freue mich außerordentlich, Ihnen folgendes berichten zu können: . . . . Das Kernkraftwerk Unterweser wird . . . das größte Kernkraftwerk unsres Planeten sein . . . ' sagte Oberkreisdirektor (OKD) Bernhard am 16.3.71 vor dem Kreistag des Landkreises Wesermarsch. Er versuchte damit drei Wochen vor Ostern den Abgeordneten das 'dicke Osterei' (wie er es nannte) des AKW Esenshamm schmackhaft zu machen. Der kotzbittere Beigeschmack: Der OKD selbst hatte zuvor in geheimer Mission die Butjadinger Bauern zum Verkauf ihrer Wiesen beschwatzt, ohne seine Auftraggeber zu nennen. Erst vor dem Notar entblößte er sich 'als Vertreter der Nordwestdeutschen Kraftwerke Aktiengesellschaft' (Vertragszitat!) und schob den Bauplatz des AKW für einen Bruchteil des wahren Wertes den befreundeten Atomkapitalisten zu, mit denen er gemeinsam im Aufsichtsrat des örtlichen Elektroversorgungsunternehmens (EWE) sitzt und Tantiemen kassiert. Die Änderung des Flächennutzungsplanes (vom Weide- zum Industriegrund) war schnell nachgeholt und die wasserrechtliche Genehmigung des Atomkraftwerks, über die der feine OKD allein zu entscheiden hatte, war natürlich Ehrensache.

'Herr Xxxxxxxx bescheißt den ganzen Landkreis, verschachert den Grund - stößt sich dran gesund', so beschreibt ein zeitgemäßes Volkslied (Dreiht jo nich um, de Geldsack geiht rum) diesen nicht uninteressanten Aspekt der AKW-Ansiedlung. Im Frühjahr 1976 stellte der OKD Strafantrag wegen 'übler Nachrede' gegen 6 Gegner des AKW, die diese dunklen Vorgänge an das Tageslicht gezerrt hatten, darunter auch zwei Sänger des o.g. Liedes und einen Kläger gegen das AKW, den existenzbedrohten Landwirt Richard L. Dieser hatte lediglich in einem Leserbrief die Frage aufgeworfen, ob denn der OKD das alles ganz umsonst gemacht habe.

Als dann im Sommer 76 einer der angezeigten Sänger auch noch als Sachverständiger in einem Atomprozeß auftrat und dazu beitragen konnte, der Klage eines Weser-Fischers gegen das AKW zum Erfolg zu verhelfen (das AKW Esenshamm ist seither lahmgelegt und kostet die NWK täglich an die Millionen), da begannen die Puppen der Atomindustrie in ohnmächtiger Wut zu tanzen. Die Staatsanwaltschaft (politische Abteilung) erhob Anklage: Mindeststrafmaß 3 Monate Knast! Im Spätherbst 76 fand vor dem Schöffengericht in Nordenham ein leider viel zu wenig beachteter Strafprozeß statt, der die Bewegung gegen AKWs kriminalisieren und einschüchtern sollte. Die Angeklagten erklärten:

- Nicht wir, sondern der OKD gehört auf die Anklagebank
- Sofortige Einstellung des Verfahrens
- Keine Inbetriebnahme des AKW Esenshamm!

Die Front gegen AKWs war in der Bevölkerung durch die Kämpfe um Brokdorf inzwischen so stark geworden, daß der Richter es sich nicht mehr leisten konnte, alle 6 Angeklagten zu verurteilen: drei wurden freigesprochen. Zwei von ihnen, darunter der Bauer, schrieben einen starken Leserbrief und hatten tags darauf schon wieder eine Strafanzeige am Hals.

Der dritte Freigesprochene, er arbeitete im Dienstleistungsbereich des AKW, wurde als 'Sicherheitsrisiko' gefeuert und zog jetzt vor das Arbeitsgericht.

Für die drei verbliebenen Angeklagten im Strafprozeß, darunter die Sänger, forderte der Staatsanwalt nach sechs Prozeßtagen unter der Bewachung des eigens angekarrten Oberstaatsanwalts, großmäuliger Nebenkläger und zahlreicher NWK-Spitzel Freiheitsstrafen von 4 Monaten. Der Richter ließ 'Milde' walten und verhängte gegen die beiden Barden Geldstrafen von 'nur' 3.000 DM. Der dritte verbliebene Angeklagte, ein im KBW organisierter Werftarbeiter aus Bremerhaven, bekam noch einen Kommunistenzuschlag und soll über 5.000 DM Strafe zahlen (mit dem Geld soll dann wohl die nächste Werbekampagne für Atomstrom finanziert werden). Mit Anwalts- und Prozeßkosten kommen pro Nase an die 10.000 DM zusammen.

Jetzt hat die Staatsanwaltschaft Berufung gegen die Urteile eingelegt, weil 'die Allgemeinheit kein Verständnis für die Verhängung einer Geldstrafe haben dürfte' (wie wahr!). In der weiteren Berufungsbegründung läßt der Staat dann aber keinen Zweifel mehr, was er mit seinen AKW-Gegnern vorhat: 'Unter Berücksichtigung der generalpräventiven Wirksamkeit eines Urteils' erwartet er vom Oberlandesgericht Oldenburg 'ganz unverzichtbar' die Verhängung von Freiheitsstrafen.

Das beklagte Lied und ein Textbeitrag des angeklagten Bauern sind u.a. auf der LP 'ATOMANLAGEN in Liedern und Gedichten ihrer norddeutschen Gegner' verewigt, die die BÜRGERAKTION KÜSTE (BAK) produziert hat. Man kann sie durch Überweisung von 15,— DM auf das Sonderkonto der BAK bei der Sparkasse in Bremen Nr. 11634458 bestellen. Das Geld kommt den Atomprozessen zugute.

Der Termin der Berufungsverhandlung steht noch nicht fest. Fest steht aber, daß wir immer mehr werden und uns auch durch Strafprozeße nicht einschüchtern lassen im gerechten Kampf gegen Atomanlagen. Zum bisherigen Prozeßstand wird z.Zt. eine umfangreiche Dokumentation erstellt, die ihr gegen Einsendung von 4,— DM in 50—PF—Briefmarken bei folgender Adresse bestellen könnt:

KKW NEE
Ostendorpstr. 41
28 Bremen 1

10 000 AM 6.MÄRZ IN WYHL

FREIBURG 10.März

Trotz anfänglicher Schwierigkeiten und sehr später Mobilisierung kamen sehr viele Leute auf die Nato-Rampe nach Wyhl. Nach dem Beschluß der Delegiertenversammlung, die Kundgebung am 6.März zu machen, übernahm die BI Weißweil einen großen Teil der dafür erforderlichen Organisationsarbeit. Schon bei der Delegiertenversammlung verlief die Diskussion kontrovers in Bezug auf den Termin, weil einige BI's der Meinung waren, eine Kundgebung direkt nach dem Urteil, das am 14.3. erwartet wird, wäre sinnvoller. Dieser Meinung schloß sich die BI Weißweil dann im Laufe der Vorbereitungszeit an. Nach heftigen Diskussionen in einer weiteren Delegiertenversammlung wurden die Vorbereitungsarbeiten von anderen BI's übernommen und Weißweil zog sich zurück. Der Verlauf der Kundgebung hat jedoch gezeigt, daß die Entscheidung richtig war und daß es auch möglich ist, ohne eine so wichtige BI, wie Weißweil eine ist,erfolgreich zu einer Veranstaltung aufzurufen. Es kamen mehr als 10 000 Leute auf die Nato-Rampe.
Redner aus dem Elsaß, dem Marktgrafler Land, den Niederlanden und aus dem Kaiserstuhl machten ihre nach dem Gerichtsverfahren verstärkten Bedenken gegen das KKW klar und protestierten energisch gegen die Inbetriebnahme von Fessenheim. Die einzigen Zwischenfälle besorgten die KKW-Ja-Gruppe aus Wyhl und der KBW.

Die KKW-Ja-ler sperrten die Ortsdurchfahrt durch Wyhl und die Rheinstraße zur Nato-Rampe durch Barrikaden und falsch geparkte Fahrzeuge und beschmierten die Häuser von KKW-Gegnern mit Farbe. Daran haben wir uns gewöhnt. Der KBW trat wieder geschlossen auf. Die Redner wurden durch sinnlose Sprechchöre gestört, gegen Ende der Kundgebung wurden drei KBW-Megaphone hervorgezaubert und zur Platzbesetzung aufgerufen, damit die Kundgebung zum Erfolg würde. Auf wütenden Protest der Umstehenden und einigem Gerangel zog der KBW allein — aber geschlossen — zum Bauplatz. Die Volksmassen wollten dabei nicht so recht mitmachen. Mit eingerollten Transparenten aber im Besitz der Wahrheit trotteten die KBWler nach einer halben Stunde über die Natorampe zurück. An diese Störungen werden wir uns nie gewöhnen.

Kein KKW in Wyhl und anderswo! Fessenheim sicher durch Stillegung!

VIELE GRÜSSE
AUS
KAISERAUGST



NOCH EIN BESETZTER KKW–BAUPLATZ

F LAMANVILLE 22. Februar

Flamanville ist ein Dorf in der Normandie und befindet sich etwa 40 km von La Hague entfernt. Aber es soll auch der Standort eines zukünftigen Kernkraftwerks werden, 2 x 1300 MW in erster Zeit. Damit ist allerdings die Bevölkerung nicht so ganz einverstanden.

Am Dienstag, dem 9. Februar, wollte eine Baugesellschaft den Zaun um den Bauplatz aufstellen. Etwa 150 Bauern mit 20 Treckern waren sofort da, um diese Arbeiten zu verhindern. Am nächsten Tag wurden 3 Bauern festgenommen. Eine Demonstration fand vor dem Polizeirevier um 17.30 Uhr statt, und die Bauern wurden gegen 18 Uhr wieder freigelassen.

Am 13.Februar demonstrierten etwa 2 500 Leute ihren Widerstand gegen den Bau des KKW's, überwiegend Leute aus der Umgebung. An diesem Tag wurde beschlossen, den Bauplatz zu besetzen. Am Anfang waren etwa 400 Leute da, z.Z. sind es 30 bis 50, die ständig da sind. Die Organisation der Besetzung läuft nach dem Prinzip einer Rotation zwischen verschiedenen naheliegenden Dörfern. Zwar probiert jeden Tag ein Vertreter der einen oder der anderen beauftragten Firmen mit den Besetzern zu verhandeln, damit die Arbeit wieder beginnen kann; bisher liefen aber diese Versuche vergebens.

Die Regierung hat z.Z. die Auswahl zwischen 2 Möglichkeiten: entweder eine Räumung des Bauplatzes durch die Polizei – damit wäre allerdings auch Schluß mit ihren letzten Siegeshoffnungen bei den nächsten Wahlen – oder ein „Abnutzungskrieg". Beide werden ihr sowieso schwerfallen in dieser Gegend, die ihre regionalistische Einstellung schon lange geäußert hat. Außerdem spielt die Nachbarschaft von La Hague, radioaktiver Mülleimer ganz Europas, gewiß auch eine Rolle bei der Entschiedenheit der Bevölkerung.

Für diesen Sommer ist eine Massendemonstration geplant.

aus: Combat non-violent, Boite Postale 26, 71 800 Le Clayette

ATOMKRAFTWERK FESSENHEIM IN BETRIEB

– AKW-GEGNER BESETZEN REGIERUNGSPRÄSIDIUM –

FREIBURG 10.März

Am 7.März ging das Atomkraftwerk Fessenheim in Betrieb (siehe dazu ID 145, 146, 147). Fessenheim liegt auf der Elsäsischen Rheinseite, circa 20 Kilometer südöstlich von Freiburg. Das AKW sollte eigentlich schon vor 21 Monaten in Betrieb gehen, doch ist alles so baufällig, daß bei den Probeläufen ständig etwas kaputtging und sich die Sache weiter verzögerte. Zuletzt gab es in der Nacht vom 3. zum 4.Februar zwei Explosionen in dem Atomkraftwerk. Trotzdem und trotz massiven Widerstands der Bevölkerung ist das Atomkraftwerk nun in Betrieb.

In mehreren Kundgebungen und Demonstrationen hatte die Bürgerinitiative die Nichtinbetriebnahme des AKW's gefordert, mehr als 20 000 Menschen haben diese Forderung unterschrieben. Am 10.2. traten sieben elsässische KKW-Gegner in den Hungerstreik. Sie forderten u.a.: volle Veröffentlichung des Katastrophenplans, Einübung des Plans unter Teilnahme der betroffenen Bevölkerung, Abstimmung der betroffenen Bevölkerung, ob sie das Risiko auf sich nehmen will (ID 167). Der Hungerstreik bewirkt eine breite Mobilisierung der Öffentlichkeit.

Am 5.3. demonstrierten in Colmar (Elsaß) mehr als 3000 Menschen für die Nichtinbetriebnahme des AKW Fessenheim. Währenddessen fuhren ca. hundert badische und elsässische Bauern vom besetzten Platz in Gerstheim (ID 163) nach Straßburg, um dort ebenfalls die Nichtinbetriebnahme zu fordern. In Straßburg demonstrierten ca. 10 000 Menschen.

Am 1.März erschien eine Delegation betroffener Bürger aus dem Marktgräfler Land, Freiburg und dem Kaiserstuhl beim Regierungspräsidium in Freiburg (zuständige Behörde für den Katastrophenschutz in unserem Gebiet), um zu fordern:

1. Veröffentlichung des Katastrophenplans binnen einer Woche durch Beantwortung eines vorgelegten Fragenkatalogs. (Es wurden ganz präzise Fragen gestellt, wer wohin evakuiert werden soll, welche Gebiete nicht evakuiert, sondern abgeriegelt werden, ob Waffen eingesetzt werden, wenn Menschen versuchen sollten, die Abriegelung zu durchbrechen usw.)
2. Vollständige Einübung des Katastrophenplans.
3. Eintreten für die Nichtinbetriebnahme des AKW's.

Am nächsten Tag, 2.3. kam die Delegation wieder, um mit dem Regierungspräsidenten über diese Forderungen zu sprechen. Zur Unterstützung gingen noch ca. 100 Leute mit. Wir erklärten, daß wir solange im Regierungspräsidium bleiben, bis unsere Forderungen erfüllt sind. Der Regierungspräsident war jedoch nicht bereit, mit unserer Delegation zu sprechen. Überhaupt sei er nicht zuständig. Nach langen Verhandlungen mit einem Beamten des Präsidiums erklärte man sich schließlich bereit, unsere Forderung nach Nichtinbetriebnahme des AKW's Fessenheim nach Stuttgart und Bonn weiterzuleiten.

Die Beantwortung unseres Fragenkatalogs binnen einer Woche sei jedoch nicht möglich. Damit hat das Regierungspräsidium praktisch bestätigt, daß es garnicht in der Lage ist, bei einer Atomkatastrophe den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten.

Wir blieben den ganzen Tag über im Regierungsgebäude. Die Reaktion der Bevölkerung war sehr positiv. Viele kamen herein, um mit uns zu sprechen. Gegen 20.00 Uhr forderte die Polizei uns auf, das Gebäude zu verlassen. Wir blieben aber sitzen und begründeten unsere Aktion. Die Polizisten hatten jedoch striktes Verbot, mit uns zu sprechen. Sie trugen uns dann raus, was recht friedlich vor sich ging. Wir werden auch weiterhin für die Stillegung des Atomkraftwerkes kämpfen!
Fessenheim sicher durch Stillegen!"

(Von der KKW-Nein-Gruppe)

FUSSBALLSPIEL DER SECHSER–BANDE IN MOABIT

(AUS DEM BRIEF EINES GEFANGENEN)

WESTBERLIN 17. Februar

. . . . . inzwischen siehts so aus, daß sie uns hier auch wieder ein bißchen mehr ärgern wollen. 'heute mal ohne küßchen' hörte ich ne schließerstimme, die nicht ganz frei von hämischer genugtuung zu sein schien, als sie mich gestern durch die zentrale zum EINZELHOFGANG führten. wieso einzelhofgang hat mir zwar keiner gesagt. aber vielleicht hängts ja mit der VÖLKERSCHLACHT AUF HOF FÜNF zusammen, die war vorgestern. und selbst die sonst so objektive springerpresse - man denke an die wetterberichte - hat meines erachtens nicht ganz getreulich berichtet. es waren nämlich nicht vier beamte, die sich mit 6 gefangenen anlegten. sondern eher 4 + 80 oder 94, vielleicht auch nur 74, ich kam nicht zum zählen, aber der hof war voll. ihr schlachtruf 'EIN RÜCKEN!' klang sonderbar, denn es lagen wohl schon dutzende von ärschen über gerald + bär, als ich denen zu hilfe eilte. und wieviel dann auf mir lagen weiß ich nicht mehr. vielleicht hab ich mir alles nur eingebildet. es kam mir so vor, als würden sie mich in den keller schleppen. als würde mir dabei der muskulöse unterarm von jemand mit aller Kraft die luft abdrücken. als hörte ich nen typen, den ich immer sehr freundlich fand sagen, 'laß ihn, er kriegt keine luft mehr, er ist ja schon ganz blau im gesicht.' es kam mir so vor, als würde ich gleich ersticken. und das es eigentlich schade um mich wäre. glücklicherweise konnte ich zwischendurch mal nach luft schnappen als mich einer an den kurzen haaren riß. dann würgte der wieder, ich versuchte oben mit aller kraft luft zu kriegen, kriegte aber keine, dafür ging unten was in die hose, was mir in dem moment keinerlei erleichterung verschaffte. einer zog mirn pullover übern kopf. kann mich aber trotzdem an die visage erinnern. auch an den infantilen tropf, der nur nebenherlief und mir ab und zu kindisch in den bauch zwickte. im keller warn dann alle bunkerzellen voll. und weiter mit hängen, ohne würgen treppauf trappab in ne 'beruhigungszelle' im krankenhaus. dabei sprüche. im osten hättense die ratten schon tot geschlagen. wir müssen die auch noch tragen. der soll doch laufen. lauf doch. die mich an den armen hielten, ließen kurz los. es

ging gerade eisentreppen runter. auf kopf und oberkörper kann ich schlecht laufen. versucht mit den händen abgestützt und geschrien. die nahmen mich wieder auf. jetzt kann ich mir auch vorstellen, wie das ist, wenn gefangene 'die treppen runterfallen' - eine der häufigsten verletzungsursachen im knast und immer aufm weg zum bunker - schließlich in der b-zelle, reich möbliert: plastikeimer in der ecke, darauf ne rolle klopapier. steinsarg mit in zwei nischen eingelassenen eisengriffen (zum festschnallen?), darauf ne matratze und kopfkeil. fenster aus panzerglas, überm fenster hinterm glas ne kamera. über der tür hinter glas noch ne kamera also kein toter winkel. knopf fürs personal. blick durch den rechteckigen spion: im vorraum scheißhaus + waschbecken. blick durchs fenster: ein stück klostermauer vom krankenhaushof. nach ner halben stunde geht die tür auf. fünf sanitäter + ärztin mit sächsischem akzent. sind sie verletzt? er redet nicht. reden sie grundsätzlich nicht? wenn er nicht redet, ist er auch nicht verletzt. stunden später andre ärztin (mittagsschicht) + fünf sanis. wollen sie lieber hierbleiben oder in ihre zelle? gegenfrage: kennen sie jemand, der freiwillig hier ist? ich kriege meine schuhe, die man mir unterwegs noch ausgezogen hat, und erfahre drüben: der anwalt ist da. wie schön. die referendarin. die kann dann gleich die anwälte von den anderen anrufen. ich wüßte ja gern wies denen geht. ob noch wer im bunker oder im krankenhaus. in der zeitung steht, von uns wär keiner verletzt. aber vorhin hab ich den andreas getroffen, kam grade ausm krankenhaus. rechten arm im streckverband. bänderdehnung. grinst über beide ohren. ich bin wirklich nicht verletzt. paar abschürfungen am linken arm und aufm rücken. der hals tut weh. die lippen fühlen sich etwas dick an. beim kämmen bleiben ne menge rausgerissene haare in der bürste. also wie gesagt: alles frei erfunden. wies in wirklichkeit war, werden wir hoffentlich bald ner unklugeschrift entnehmen können, so daß wir nach knapp 2 jahren dann vielleicht alle zum ersten prozeß kommen. gerald hat ja schon einen. aber wichtiger als prozeß wird ihnen wohl sein: mal wieder totaliso durchzuziehen. vorhin warn schon welche da und haben das sportzeug abgeholt.

gruß und kuß.

FRITZ TEUFEL

ps.
die bereits gemachten strafanzeigen zu den oben geschilderten vorfällen,
(betr: bedienstete des justizvollzuges)wird unter dem aktenzeichen 56 Js 307/77 bearbeitet. fernruf: 394011 App. 445

DIE GRÜNDE DES BUNDESRICHTERS

Kuhn, Bundesrichter, beschließt, daß sämtliche bisher genehmigten Kontakte zwischen den sechs unterbleiben, weil der Moabit–Leiter der Bundesanwaltschaft am Telefon erklärt hat, weil die sechs das Verbot, Fußball zu spielen nicht befolgten (Tenor: 'selbstgebastelter Fußball', 'mit Wolle umwickelter schwerer (!) Gegenstand', 'das wegen möglicher Gefährdung ergangene Verbot'). — In Sorge um Gefährdungen wurden die sechs erstmal verprügelt.

VERSCHÄRFTE REPRESSION IM U-KNAST

(ERKLÄRUNG DER RH WEST-BERLIN)

WESTBERLIN März '77 Seit der Ermittlungsrichter des BGH im Oktober 76 gegen die als Aktivisten der Bewegung 2. Juni beschuldigten Genossen Ronald Fritzsch, Gerald Kloepper, Ralf Reinders, Fritz Teufel, Andreas Vogel, Till Meyer die Kleingruppenisolation verhängte, häufen sich — und in letzter Zeit besonders — die Provokationen und Übergriffe von Anstalt und Staatsschutz gegen diese Genossen.

Die von der Bundesanwaltschaft diktierte Kleingruppenisolation bewirkt, daß die Genossen vom ‚normalen Strafvollzug' total abgesondert werden und jeder Kontakt zu anderen Gefangenen unterbunden werden soll. Da die Absonderung allein nicht ausreicht, wurden gegen Gefangene, die die Isolation der Genossen unterliefen und Kontakt aufnahmen, verschärfte Repressalien angewandt. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Außerdem wird von der Anstalt versucht, andere Gefangene gegen die Genossen aufzuhetzen.

In jüngster Zeit häufen sich die Provokationen von Anstalt und Staatsschutz, um die Genossen zu Reaktionen zu veranlassen, die dann als Grund benutzt werden sollen, die Gefangenen wieder total zu isolieren. Hier ein paar Beispiele:

1. In der Zeit nach dem 7. Juli und wieder im Oktober 76, als die Genossen in Einzelisolation waren und dann die Kleingruppenisolation angeordnet worden ist, wurden Mithäftlinge der Genossen, die zu ihnen Kontakt aufnahmen, massiv mit schweren Hausstrafen bedroht und bestraft, bei anderen Mitgefangenen wurde das Mittel des ‚Karusselfahrens', d. h. des ständigen Verlegens innerhalb des Knastes angewandt, um jeden Kontakt zu unterbinden. Weiter wurden vorübergehend für alle Gefangenen die allgemeinen Haftbedingungen verschärft — Dienst nach Vorschrift — sie wurden in schikanöser Weise behandelt.
Daß es nicht um die Sicherheit und Ordnung in der Anstalt ging, sondern es sich um eine gezielte Maßnahme gegen die Genossen im Knast handelte, beweisen die Bemerkungen von Bediensteten anderen Gefangenen gegenüber: „Dafür könnt ihr euch bei den Anarchisten bedanken." Hier wurden die ohnehin schon miserablen Haftbedingungen für alle Gefangenen verschärft, um sie gegen die Genossen aufzuhetzen.

2. Anwaltsbesuche werden systematisch gestört und behindert. Anwälte werden abgewiesen (was rechtlich nicht zulässig ist), weil angeblich nicht genügend Sprechzellen zur Verfügung stehen. Dies stimmt nicht. Es gibt genügend Sprechzellen — auf jeder Station mindestens zwei. Es besteht aber die Anweisung, daß von allen politischen Gefangenen in Moabit nur zwei besondere Sprechzellen benutzt werden dürfen. Diese beiden Zellen sind ständig besetzt. Ersatzräume werden nicht bereitgestellt (obwohl vorhanden), so daß Gespräche mit dem Anwalt nicht stattfinden können. Außerdem werden die Gespräche mit den Anwälten systematisch gestört. Unter fadenscheinigen Vorwänden kommen Schließer rein, drängen auf Abbruch, weil andere Anwälte ‚warten' würden.

3. Die Zellen der Genossen werden laufend durchsucht. Dies geschieht fast ausnahmslos in Abwesenheit der Genossen, so daß in aller Ruhe Einblick in die Verteidigerakten genommen werden kann. Daß dies nicht zulässig ist, spielt keine Rolle. Dafür bleibt fast jedesmal eine zerwühlte Zelle zurück, was mit dem tollen Satz kommentiert wird: „Sie haben ja Zeit zum aufräumen!"

4. Die meisten der Genossen sind in Zellen untergebracht, wo vorher die Nebenzellen und die darüber- und darunterliegenden Zellen geräumt wurden. Ist dies nicht möglich, aus irgendwelchen Gründen, werden in die Nebenzellen nur Kurzstrafer gelegt, d.h. ständige Fluktuation, oder Hausarbeiter, die den ganzen Tag außerhalb der Zellen sind oder gar ausländische Gefangene, die kaum oder gar nicht deutsch können. Reicht das alles nicht aus, werden die Genossen laufend in andere Zellen verlegt, zur Zeit vor allem Ralf, um jede Kontaktaufnahme zu unterbinden und die Isolation zu verstärken, oder bei Till, der in einem Flügel liegt, auf dem nur

Arbeiter untergebracht sind, so daß er tagsüber völlig allein ist.

5. In letzter Zeit verstärken sich auch die Provokationen gegen einzelne Genossen. Das sind hauptsächlich verbale Angriffe, Beschimpfungen usw. Dies wird aber nur gewagt, wenn der Genosse allein ist, sobald sie zusammen sind, unterbleibt das und wird durch eine scheißfreundliche Art ersetzt.

6. Am 27.12.76 wird Gerald, während er beim Hofgang ist, das Radio aus der Zelle genommen. Mit der Begründung, auf ukw (was stillgelegt wurde und vom Staatsschutz überprüft) sei ein Sender festgestellt worden. Das war um 10.15 Uhr. Nachdem man sah, daß das wohl ein allzu dümmlicher Vorwand ist, wurde um 15.00 Uhr plötzlich behauptet, Gerald hätte einen Schließer angegriffen. Das Radio wurde nach einigen Tagen zurückgegeben, weil sich herausgestellt hatte, daß auf ukw doch nix piepst. Die Anstalt hat eine Hausstrafe von 14 Tagen Bunker gegen Gerald beantragt.

7. Am 30.12.76 wird Ralf in der Zelle von einem Schliesser angepöbelt. Als sich Ralf diesen Ton verbittet, wird ihm vom Schließer Prügel angedroht. Ralf hat ihn daraufhin vor die Tür gesetzt. Wenige Augenblicke später wird er von einem Rollkommando überfallen und in den Bunker geschleppt. Sein Vater, der mit Besuchserlaubnis zum Besuch erscheint, wird abgewiesen. Eine Begründung wird nicht gegeben. Als sich ein Anwalt erkundigt, wird ihm zuerst keine und dann nur unvollständige Auskunft gegeben. Inzwischen ist gegen Ralf eine Hausstrafe von 10 Tagen Bunker ohne Bettzeug (was nicht zulässig ist) wegen dem Vorfall angeordnet worden.

8. Wegen einer zurückliegenden Sache hat Gerald inzwischen Anklage wegen Körperverletzung und falscher Anschuldigung bekommen. Bemerkenswert ist nicht nur der Zeitpunkt, wo die Anklage erhoben wird, sondern auch wer sie eingebracht hat: die politische Staatsanwaltschaft, vertreten durch Staatsanwalt Nagel.

Am 8.4.76 wird Gerald in der Zelle von einem Schließer beim Reparieren seines Kopfhörers angetroffen. Im Knast ist Radiohören nur mit Kopfhörer erlaubt, Gerald ließ es aber zur Überprüfung des Kopfhörers ohne laufen. Der Schließer pöbelte Gerald an, der ihm sagt, er soll sich vor der Tür auskotzen. Der Schließer gibt Alarm und sofort kommt das Rollkommando und schlägt auf Gerald ein und verschleppt ihn in den Bunker. Gerald wird dabei an den Armen und am Rücken verletzt. Am 11.4. stellt Gerald Strafanzeige wegen Körperverletzung im Amt und Sachbeschädigung. In der Anklageschrift wird der ganze Vorgang umgedreht. Gerald hätte den Schließer angegriffen und ‚körperlich mißhandelt' einen zweiten Schliesser ebenso. Beide haben sich für ein Woche krankschreiben lassen und für Arztkosten soll Gerald außerdem über 600,— DM bezahlen. Außerdem hat Gerald sich schuldig gemacht, weil er Anzeige wegen dem Überfall auf ihn gestellt hat. Diese Methode ist nicht neu. Seit Jahren wird sie gegen Gefangene angewandt, die Anzeige wegen der Übergriffe erstatten. Es wird nicht der Sache nachgegangen, sondern die Gefangenen werden wegen falscher Beschuldigung angeklagt.
Den genauen Prozeßtermin werden wir noch bekannt geben. Kommt und seht euch an, wie sowas funktioniert. Außerdem wurden gegen Gerald 14 Tage Bunker beantragt.

9. Auch die Besuchssituation wird bei den Genossen verschärft. So wird es verwehrt, die Besucher zu begrüßen, die Hand zu geben oder sich zu umarmen. Das hat nichts mit Sicherheit zu tun, sondern ist eine reine Schikane, da sowohl die Genossen wie auch die Besucher vorher gründlich gefilzt werden. Außerdem sind bei jedem Besuch immer zwei Bullen vom Staatsschutz dabei.
Am 20.1.77 wird ein Besuch von Andreas abgebrochen, noch bevor er eigentlich begonnen hat. Der Grund: Eine versuchte Umarmung. Andreas wird von fünf Bullen an den auf den Rücken gedrehten Armen so durch die Anstalt geschleppt, daß die Füße immer wenige Zentimeter über dem Boden sind. Die Folge war eine verrenkte Schulter.
Von der Anstaltsleitung wird wegen dem abgebrochenen Besuch eine Hausstrafe von drei Tagen Bunker und Ausschluß vom Hofgang beantragt.

10. Wegen ‚unerlaubter Kontaktaufnahme' in zwei Fällen, d.h. weil er Mitgefangenen gegrüßt hat, wird gegen Andreas eine Hausstrafe angeordnet: Zwei Wochen Einkaufssperre.

11. Am 28.1.77 wird Fritz unter dem Vorwand, es gehe zum Hofgang, aus der Zelle gelockt und in einen besonderen gesicherten Teil des Knast geschleppt. Dort wird er geschlagen und mit Gewalt umgekleidet. Bart und Kopfhaar werden mit Gewalt ausgerissen und geschoren, dabei werden Tonband- und Filmaufnahmen gemacht. Das ganze wird hinterher als Gegenüberstellung verkauft. Diese Aktion war gut vorbereitet. Schon im Dezember erging ein Beschluß des BGH, wonach die Genossen bei Gegenüberstellungen gefesselt werden dürfen. Der Beschluß zur Gegenüberstellung stammt vom 12.1.77, wurde aber weder Fritz noch seinem Anwalt vorher mitgeteilt.

12. Ein Antrag auf Umschluß, zwecks Prozeß- und Verteidigungsvorbereitung, wird wegen des ‚Verdachts der Verdunklungsgefahr' abgelehnt. Dabei spielt es keine Rolle, daß die Genossen gemeinsamen Hofgang haben und einmal pro Woche gemeinsam Tischtennis zusammen haben.
Klar ist, daß Beschlüsse, Anordnungen usw., die zum Nachteil der Genossen sind, schikanös genau durchgeführt werden. Im umgekehrten Fall, wenn Beschlüsse zum Vorteil der Genossen sind, werden diese entweder vorenthalten oder nur unter massivem Druck ausgeführt.

Am 15.2.77 spielten die sechs Genossen während der gemeinsamen Freistunde mit einem selbstgebastelten Fußball

Sie wurden von den Bullen daraufhingewiesen, daß Fußball spielen nicht erlaubt sei. Auf die Frage, wo das stehe, sagte ein Bulle: „Irgendwo", woraufhin die Genossen weiterspielten. Daraufhin gab der Bulle Alarm und es kamen ca. 40 Bullen auf den Hof gestürmt und stürtzten sich zuerst auf Gerald und drehten ihm die Arme auf den Rücken. Dann stürzten sie sich auch auf die anderen. Andreas wurde auf den Boden geworfen, mit den Füßen in die Rippen getreten, Ralf wurde an den Haaren vom Hof gezerrt, Till wurde auf dem Boden liegend brutal zusammengeschlagen. Dann wurden alle sechs in den Bunker geschleift, mit der Bemerkung, „Auf die Gelegenheit haben wir schon lange gewartet." Andreas sah noch, wie Fritz am Hals gewürgt wurde. Die Genossen zogen sich schlimme Verletzungen zu und erstatteten Anzeige wegen Körperverletzung. Daraufhin, wie üblich, drehte der Anstaltsleiter den Spieß um, ordnete Einzelisolation an, mit der Begründung, die wäre solange, bis sie sich für die „verletzten" Bullen entschuldigt hätten.

Diese ganzen Provokationen müssen im Zusammenhang mit dem laufenden Prozeß gegen Wally und Tina gesehen werden, zu der Vorverurteilung der Genossen, die in diesem Prozeß stattfinden soll, sollen die Genossen für ihren eigenen Prozeß „prozeßgerecht" gemacht werden. Zu den Belastungen der Teilweise schon zwei Jahre langen U-Haft und der Kleingruppenisolation soll jetzt zusätzlich steigender Druck auf die Genossen ausgeübt werden, um sie psychisch und physisch zu zerstören, damit die Bundesanwaltschaft, vertreten durch Buback, den Prozeß ohne große Schwierigkeiten durchziehen kann.

Weiterhin handelt es sich wohl auch um eine zweigleisige Strategie. Da ein Fiasko wegen der absoluten Beweisnot gegen die Genossen abzusehen ist, will der Staatsschutz Zwischen-

fälle provozieren, um auf jeden Fall die weitere Einknastung der Genossen zu gewährleisten. Wenn schon nicht wegen Lorenz, dann wegen Widerstandshandlungen.

BRIEF VON RALF REINDERS AN DEN HOLLÄNDISCHEN KONSUL IN WESTBERLIN

'Ich wende mich an Sie, nicht weil ich mir davon Hilfe für mich und meine Genossen verspreche, sondern weil ich mir dadurch eine Information der niederländischen Bevölkerung mit ihrer antifaschistischen Tradition ermögliche.

Seit dem 25.1.1977 findet vor dem Landgericht Berlin (West) ein Prozeß gegen Siepert/Doemeland wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung statt.

Ich lege eine Dokumentation der Roten Hilfe Westberlin bei, damit Sie einen Überblick gewinnen, um was es geht. Es geht darum, mich und meine Genossen ohne Verteidigung in Abwesenheit zu verurteilen. Das hat sich noch nicht einmal Freissler mit van Lubbe erlaubt. Eine freie Verteidigung ist in der BRD sowieso nicht möglich, da es nach § 146 StPO eine freie Verteidigerwahl nicht gibt. Mit Beginn dieses Prozesses muß auch den Allerletzten klar sein, daß es in der BRD für politische Prozesse kein faires Verfahren gibt und wer bereit ist, in Abwesenheit ohne Verteidigung zu verurteilen, der ist auch bereit ohne Beweise in Abwesenheit zu verurteilen. Deshalb fordere ich den Justizminister und das niederländische Volk auf, sich für die sofortige Freilassung der sechs Hauptbeschuldigten einzusetzen. Denn was heute mit mir und den Genossen geschieht, passiert morgen jedem Holländer, denn der BRD ist von den USA die Führungsrolle in einer EG zugedacht. Schon heute ist es möglich, daß deutsche Bullen in Amsterdam deutsche Widerstandskämpfer verhaften können, daß deutsche Gerichte Holländer verurteilen für in Holland begangene Straftaten. Zuletzt möchte ich noch daran erinnern, daß der Bundeskanzler der BRD Offizier in der Bande war, die Rotterdam bombardiert hat, eins unter vielen Verbrechen.

Ralf Reinders'

Zur Person
Ralf Reinders, holländischer Staatsbürger in Berlin geboren, Vater als Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt, wegen Kontakt zu einer deutschen Frau (Mutter) vom Betrieb ins Lager verlegt, Mutter ist freiwillig mitgegangen.

Ralf Reinders seit 1969 politisch verfolgt, ein Jahr später Widerstand aufgenommen. Seit September 1975 in U-Haft Moabit, bis heute ohne Anklage und begrenzter Akteneinsicht.

BEWEISMITTEL VERSCHWINDEN – ZEUGEN WERDEN PRÄPARIERT

KÖLN
28. Februar
4. März

Zum Prozeß gegen Roland Otto und Karl-Heinz Roth brachten wir im letzten ID Berichte bis zum einschließlich 14. Verhandlungstag, wobei der 13. Verhandlungstag fehlte. Den Bericht davon haben wir erst jetzt erhalten. Dazu den vom 15. Prozeßtag.

13. PROZESSTAG IM PROZESS GEGEN ROLAND OTTO UND KARL-HEINZ ROTH

Der Polizeizeuge Hoffmann wurde weiter vernommen. Bei der Vernehmung wurden die Ausweise vorgelegt, die Sauber und Otto bei der Überprüfung am 9.5.1975 den Polizisten gezeigt haben sollen. Merkwürdigerweise konnte das Gericht nicht die Ausweise von Roth (Führerschein und Kfz-Schein) vorlegen, obwohl diese Dokumente in der Anklageschrift aufgeführt waren und auch in dem sogenannten Asservatenverzeichnis erschienen. Auf die Frage der Verteidigung, wo sich die Ausweise befinden, erklärte Staatsanwalt Wilhelm, daß der Kfz-Schein von Roth vernichtet worden sei. Anschließend korrigierte er sich, nachdem die Verteidigung den Vorwurf der Beweismittelunterdrückung in den Raum gestellt hatte, und sprach jetzt davon, daß der Kfz-Schein vom LKA dem Straßenverkehrsamt in Köln übergeben worden sei zur Abmeldung des Wagens.

Roth gab daraufhin eine Erklärung ab, die die Ungeheuerlichkeit dieses Vorganges deutlich machte.

Der Staatsanwalt hatte nämlich erklärt, daß der Kfz-Schein am 5.5.1976 vom LKA abgegeben worden sein soll. Am 19.5. 1976 erschien in der 'Süddeutschen Zeitung' ein Artikel, der vom Staatsschutz lanciert worden war, in dem behauptet wurde, daß Roth bei seiner Festnahme falsche Papiere gezeigt hätte, die aus Fälschungen des '2. Juni' stammten.

Der Sachverhalt stellt sich also jetzt so dar, daß der Staatsschutz am 5.5.1976 echte Papiere aus den Gerichtsakten verschwinden läßt und dann am 19.5.1976 in der Presse behauptet, Roth sei mit falschen Papieren festgenommen worden.

Roth erklärte weiter, daß sich im weiteren Verlauf des Prozesses noch sehr oft herausstellen würde, daß Beweismittel unterdrückt oder manipuliert worden sind. Zu dem Führerschein, der sich auch nicht bei den Akten befand, erklärte der Staatsanwalt, daß er ihn bis zum nächsten Prozeßtag besorgen werde.

Nach der Mittagspause wurde mit der Vernehmung des Polizeizeugen Bruder begonnen. Auch der Zeuge Bruder machte im wesentlichen bisher die gleiche Aussage, die er am 13.5.1975 vor der Kölner KriPo gemacht hatte. An seine Aussage vor dem LKA im September konnte er sich nicht mehr erinnern. Dies ist auch nicht weiter verwunderlich.

Bruder hatte nämlich einen Schnellhefter mitgebracht, in dem sich nach seiner Aussage Notizen als Gedächtnisstützen

17.PROZESSTAG GEGEN ROLAND OTTO UND KARL-HEINZ ROTH

KÖLN
9.März

Nachdem der 16.Verhandlungstag ohne nennenswerte Ergebnisse verblieb, wurde zu Beginn des 17.Tages von der Verteidigung Verfahrensanträge gestellt, die – wie immer – abschlägig beschieden oder vertagt wurden. Der Zeuge Spgespeik war ,verhindert'. Der Polizei-Zeuge Bruder wurde weiter vernommen. Kern der heutigen Aussage war: „Ich weiß nicht, wer mit der Schießerei begonnen hat". Die Verteidigung stellte aus den früheren Aussagen von Hoffmann und Bruder Anträge auf wörtliche Protokollierung. Heute soll nur ein Teil von Bruders Aussage wiedergegeben werden.

In der Strafsache gegen Roland Otto und K.H. Roth beantragte die Verteidigung, folgende Äußerungen des Polizei-Zeugen Bruder in der Hauptverhandlung vom 28.2.77 wörtlich zu protokollieren: „Als ich auf dem Parkplatz,Gremberger Straße' eintraf, bot sich mir folgendes Bild: Unser Streifenwagen war quer vor einem NSU-Prinz geparkt. Rechts und links von dem NSU-Prinz befand sich ein uniformierter Beamter. Hoffmann stand an der Fahrertür und unterhielt sich mit den Insassen. Er ließ sich einen Koffer zeigen. In dem Koffer befand sich Werkzeug. Ich lud meinen Diensthund in den Streifenwagen ein, begrüßte noch kurz einen Kollegen und wandte mich der Sache zu.
Ich war noch außer Atem. Dann fragte ich, ob die Personen schon körperlich durchsucht wären. Hoffmann sagte: „Nein,

das müssen wir noch". Ich trat an das Fahrzeug heran und forderte die Insassen auf: „Kommen Sie einzeln heraus,Sie werden noch durchsucht". Dieser Aufforderung kamen die Personen nicht nach. Ich habe meine Aufforderung wiederholt. Kurze Zeit danach fielen plötzlich Schüsse. Ich duckte mich instinktiv und sah, wie eine Person hinter dem NSU herlief in Richtung Sommersfelder Straße und schoß. Ich zog meine Pistole und legte auf die Person an. Meine Pistole war aber noch gesichert, und es kam zu keiner Schußabgabe. Der Kollege Hoffmann schoß. Die Person kam zu Fall und blieb liegen."

(...)

(weiter Bruder) „Die Person auf dem Fahrersitz und die Person auf dem Rücksitz habe ich nicht gesehen. Ich kann nicht sagen, was sie gemacht haben." (...)

Vorsitzender Richter: „Sie sagten, die Insassen des Wagens hätten Ihrer Aufforderung zum Aussteigen nicht gleich Folge geleistet; wie lange etwa? "

Zeuge: „Vielleicht fünf Sekunden. Die Leute steigen ja nicht gerne aus. Dann habe ich das noch ein zweites Mal wiederholt. Auf die erste Aufforderung kam keine Reaktion. Dann wiederholt. Dann vielleicht eine Sekunde oder zwei nichts. Dann auf einmal fielen Schüsse. Ich habe mich instinktiv geduckt."

Vorsitzender Richter: „Auf meine Frage, ob das erste, was Sie nach der zweiten Aufforderung gesehen haben, die Schüsse waren, oder ob Sie was gesehen haben, nee, das ist meine Frage, ob das erste, was Sie nach der zweiten Aufforderung gesehen haben, die Schüsse waren, oder haben Sie etwas gesehen? "

Zeuge: „Ich habe nichts gesehen, ich habe nur Schüsse gehört."

Auf weitere Fragen des Vorsitzenden: „Ich kann nicht sagen, ob im Wagen oder draußen geschossen worden ist."

Vorsitzender Richter: „Haben Sie gesehen, ob jemand ausgestiegen ist, ob sich Türen geöffnet haben? "

Antwort: „Kann ich nicht sagen."

Am 10.März kam bei der Rundfunksendung „Hallo Ü-Wagen" mit Carmen Thomas ein Besucher des Prozesses zu Wort, der nochmals die merkwürdigen Zustände bei der Zeugen präparierung dargestellt hat. (siehe ID Nr. 167)

DOKUMENTATION ÜBER DIE JVA WERL

KÖLN
März 1977

Die Knastgruppe Ossendorf hat Berichte von Gefangenen über die Ereignisse und Zustände in der JVA Werl zusammengestellt. Die Gefangenen versichern, daß die Berichte wahr sind. Bei dieser Dokumentation soll es darum gehen, die skandalösen Zustände in der JVA aufzudecken und an die Öffentlichkeit zu bringen, um den Gefangenen so die Möglichkeit zu geben, ihre Situation zu ändern. Die Dokumentation ist für 2,— DM zu erhalten über:

Knastgruppe Ossendorf
c/o Der Andere Buchladen
Zülpicher Str. 197
5000 Köln 41

NEUE WILLKÜR GEGEN 'DURCHBLICK'

BERLIN
8. März 77

Die Redaktion der Gefangenenzeitung 'Durchblick' in der JVA Tegel, die seit ihrer Gründung im vorigen Jahr ständig unter Druck gesetzt wird (ID 158/58 und 162), schickte uns die folgende Presseerklärung:

Am 1.2.1977 wurden von den Justizbehörden ca. 20 Exemplare der Gefangenenzeitung 'DURCHBLICK' beschlagnahmt. Wie bekannt wurde schon einmal - am 4.12.1976 - eine solche Aktion durchgeführt.

Während im Dezember 1976 nur die Initiatoren der Gefangenenzeitung betroffen waren, sind es bei dieser Willkürmaßnahme viele Gefangene. Es wurden wahllos mehrere Hafträume durchsucht. Wir, die Redaktion und damit die Gefangenen, sind empört und fragen: 'Wie weit will man noch gehen? Wie lange will man uns noch unser Recht auf Pressefreiheit in der Haft verweigern? '

Laut Artikel 5 GG hat jeder das Recht seine Meinung in Wort, Bild und Schrift frei zu äußern. Auch im Strafvollzug! Dieses Grundrecht findet seine Grenzen nur im Presse- und Strafrecht.

Dies sollte man endlich von Seiten der Justiz einsehen!!!!

Redaktionskollektiv
'DURCHBLICK'
Seidelstr. 39
1000 Berlin 27

ÜBERLEBEN + WIDERSTAND IM KNAST

— GEFANGENE BERICHTEN —

FRANKFURT
8.März

Der Frankfurter AStA hat im Februar eine Dokumentation herausgegeben; zusammengestellt von der ,Justizgruppe'.

Es heißt dort in der Einleitung:

„Am 2.Juni 1976 versucht der Gefangene Günther Hanisch mit Hilfe eines selbstgebastelten Schußapparates nach 16 Jahren Eingesperrtsein im Butzbacher Knast Öffentlichkeit über seinen Fall zu erzwingen. Der Anstaltsleiter Helmut Künkeler kommt bei dem Versuch, Hanisch zu überrumpeln, ums Leben.

Die offizielle Version dieses Vorfalls konnte man in allen Zeitungen lesen. In dieser Dokumentation sollen nun Ablauf und Hintergrund dieses Vorfalls dargestellt werden. Günther Hanisch selbst berichtet über seine Aktion vom 2. Juni und erklärt, was er damit erreichen wollte.

Die darauf folgenden Verhaftungen mehrerer Mitarbeiter des Frankfurter Gefangenenrats als ,Mittäter' und ,Hintermänner' , sowie die einsetzende Ermittlungs- und Pressepolitik der Justizbehörden gab den Ausschlag für unsere Initiative. (...) Wir wollten ursprünglich zeigen, daß der Justizvollzug trotz ,Zerschlagung des Frankfurter Gefangenenrats' vor Aufdeckung seiner Verbrechen nicht sicher sein kann. Wir machten uns daher zunächst daran, Informationen über den betreffenden Knast zusammenzutragen, Recherchen über einzelne Übergriffe anzustellen. Und hatten dabei die Vorstellung, unsere Ergebnisse der Öffentlichkeit als „Butzbacher Gefängnisskandal" zu präsentieren.

Resultat dieser Materialsammlung ist nicht eine detaillierte Beschreibung des Butzbacher Knastalltags. Wir haben uns darauf beschränkt, nur einzelne Punkte aus dem Komplex ,Knastalltag' herauszugreifen und am Butzbacher Knast zu untersuchen. (...)

Unser Hauptinteresse ist es jedoch zu dokumentieren, daß der Knast nicht nur aus Mauern und Stacheldraht besteht. Wir wollen aufzeigen, daß die Gefangenen nicht nur Objekte dieses Eingesperrtseins sind. Die Auseinandersetzung mit dem Knast hinter den Mauern zeigt sich in verschiedenen Formen:

Dazu gehört die Überlebensstrategie ,Anpassung' an die herrschenden Knastbedingungen genauso wie die Aufgabe jeder Überlebensstrategie: ,Selbst'mord im Knast..

Dazu gehört aber auch der Gefangene, der sich über Beschwerden,Anzeigen, Pressemitteilungen als ,Querulant' zur Wehr setzt. Dazu gehören auch ,erpresserische' Einzelaktionen, wie sie Günther Hanisch versuchte.

Zum Knast gehören aber auch kollektive Widerstandsformen: Am Beispiel der Vorgänge im Mai 76, der ,Mairevolte' in der JVA Frnakfurt-Preungesheim soll gezeigt werden, wie Haftverschärfungen, monatelange Isolation, eine Serie von ,Selbst'morden und -versuchen und nicht zuletzt der Tod von Ulrike Meinhof in Stammheim zunächst eine Gefängnisstation in die Bambule trieb, um dann spontan den ganzen Knast zum Tosen zu bringen.

Diese verschiedenen und auch gegensätzlichen Reaktions- und Aktionsformen sind zwar noch kein Ausdruck einer starken Gefangenenbewegung, aber sie drücken den Willen aus, ein „Klima der Solidarität" (Michael Heise, JVA Butzbach) in den Knästen herzustellen — aber auch die Hoffnung, daß dies ,draußen' wahrgenommen und unterstützt wird.

Wie schon das Landgericht Karlsruhe in einem Beschluß vom 16.11.1971 feststellte: „Die Gefahr für die Sicherheit der Anstalt kommt von den Menschen."

Die Dokumentation trägt den Titel :
,ALLES UNTER VERSCHLUß'
kostet 8,50 DM - für Knastgruppen 7,50 DM . 144 Seiten . mit Fotos . Bilder und Zeichnungen von Gefangenen .
Bestellungen an:
Justizgruppe c/o AStA der J.W.Goethe-Universität Frankfurt Jügelstraße 1, 6000 Frankfurt am Main

EUROPÄISCHE KONVENTION ZUR BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS

HAMBURG
15.Februar

„Die Mobilisierung innerhalb der Linken gegen die Maulkorbparagraphen verlief so schleppend, daß Aktivitäten und Informationen vor der Verabschiedung des 13.Strafrechtsänderungsgesetzes Seltenheitswert besaßen. Dasselbe scheint sich bei der europäischen Konvention über den Terrorismus anzubahnen. Die Konvention ist ein „Ausnahmegesetz, das unter dem Vorwand, den ,Terrorismus' oder die,Extremisten' zu bekämpfen, eine Gefahr für jede politische Opposition bildet und deshalb für die Freiheit selbst" (aus der Resolution der Evangelischen Studentengemeinde Stuttgart vom 5.12.76)

Die Scheidung von gemeinem Recht und politischen Delikten wird ebenso wie das Asylrecht praktisch aufgehoben. Die Verwendung sehr vager Begriffe erlaubt eine sehr weite Auslegung bei Taten, die zur Auslieferung führen können. Der Gebrauch von präzisen juristischen Begriffen (Versuch, Unterstützter und Mitwisser eines Versuchs,Teilnahme), die auf diese unvollständig definierten Vergehen angewendet werden, weiten das Anwendungsfeld der Konvention fast ins Unbegrenzte aus. Dem Bestreben der Bundesrepublik, Wiesbaden zur Zentrale einer ,Europlo' werden zu lassen, wird damit ein großes Stück entgegengekommen.

Nachdenken und Widerstand in Bezug auf die Konvention ist in Frankreich und Belgien festzustellen,nicht zuletzt aus der Sorge um das Europa, das nach dem ,Modell Deutschland' entstehen soll.

Das ,Internationale Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa' veröffentlichte im Dezember 1976 in Brüssel in der apl (Agence de Presse Liberation) Nr.327 eine Analyse der Konvention. In deutscher Übersetzung ist sie im Januar 77 in Hamburg erschienen; (Preis: 2 DM).

Antifaschistische Gruppe c/o Schwarzmarkt Bundesstraße 9; 2000 Hamburg 13

Die 48seitige Dokumentation enthält neben dem Text der Konvention und Anmerkungen noch Artikel aus ,Le Monde' vom 18.11. u. 22.9.76; aus ,Le Monde Diplomatique' vom November 76, aus Liberation' vom 18.11.76; eine Pressemitteilung der Evangelischen Studentengemeinde anläßlich der Konferenz ..Die Bundesrepublik von außen betrachtet" (4./5.12.76 in Meckenheim) und eine Chronologie der BRD-Initiativen für eine gemeinsame europäische ,Terrorismus'-Bekämpfung.

P.S.Der Entwurf des Bundesinnenministeriums „Zur Änderung der Verwaltungsvorschrift zum Ausländergesetz" mit weiteren Einschränkungen des Asylrechts ist ebenfalls vor dem Hintergrund dieser Konvention zu sehen.

ROTE KARTE FÜR MIKE KNÖSS

FRANKFURT
10.März

Jetzt hat das oberste deutsche Gericht, der Bundesgerichtshof, bestätigt: Knöss wird kein Anwalt, er ist unwürdig. Der BGH hat auf 19 Seiten ausgeführt, was Anwaltsehre bedeutet: *„Er ist Diener der Rechtspflege"*.

Gefragt sind Juristen, die mit Ehre und Genauigkeit unter Anwendung des Gesetzes Menschen wegen des Verkehrs mit Juden zum Tode verurteilen, gefragt sind Rechtsanwälte, die als Staatsanwälte 1942 bei einer Ohrfeige eines polnischen Waldarbeiters gegen einen deutschen Junker die Todesstrafe beantragen. Wer solches tut. wie der Mannheimer Rechtsanwalt Curth, ist würdig für den Beruf des Rechtsanwalts.

Bei Knöss dagegen, der die Isolationshaft von Gefangenen veröffentlichte, ist das anders:
„Er fügt sich nicht in die staatliche Rechtsordnung ein, sondern bekämpft sie mit aller Schärfe und mit unzulässigen Mitteln. Dabei identifiziert er sich mit den Rechtsbrechern und beschimpft Gegner und Gerichte."

Wer nicht würdig zusieht, wie ein Richter Frauen festnimmt und sie in den Knast schickt und wer sich als Anwalt nicht würdig aus dem Verhandlungssaal räumen läßt, zeigt durch sein gesamtes Verhalten, *„daß er nicht der Rechtspflege dienen will, sondern im wesentlichen gegen sie, auch mit unzulässigen Mitteln und mit körperlicher Gewalt ankämpft. Noch in der Verhandlung vor dem Senat hat er jegliches Verständnis für die Pflichten eines Rechtsanwaltes gegenüber Gerichten, Staatsanwaltschaft und der Standesorganisation vermissen lassen, sich vielmehr seiner Handlungen gerühmt. Er kann zur Rechtsanwaltschaft nicht zugelassen werden."*

Diese Entscheidung kann in ihrer Bedeutung für die innenpolitische Entwicklung der BRD zum Bullenstaat kaum unterschätzt werden. Denn es handelt sich hierbei um das erste explizit politische Berufsverbot für einen engagiert linken Rechtsanwalt in der BRD seit 1945.

Wir sollten uns mal fragen, ob wir den Beschluß des Bundesgerichtshofs in Sachen Knöss nicht mitverschuldet haben. Man kann dieses politische Berufsverbot auch begreifen als Resultat unseres Schweigens zu einer Entwicklung, die sich seit Jahren anbahnt und systematisch auf die Ausschaltung der politischen Verteidiger zielt. An der Ausschaltung von Knöss wird deutlich, daß diese Entwicklung vehement weitergeht und uns alle existentiell bedroht. Da alles Jammern nicht viel weiter bringt, schlagen wir vor, ein Plenum zu machen, wo wir darüber diskutieren werden,

ob wir den Beschluß des BGH unwidersprochen hinnehmen wollen oder ob uns noch was einfällt, wie wir unserem Brass Luft machen können.

Plenum am Donnerstag, den 17.3.1977 um 19.30 Uhr im KOZ (Kommunikationszentrum) Studentenhaus Jügelstr.

FREISPRUCH FÜR ENTTARNUNG DES SPITZELS

TÜBINGEN 5. März

Im Rahmen des Rückmeldeboykotts im letzten Sommer in Tübingen hatte die Polizei am 30.9.76 einen friedlichen Demonstrationszug überfallen und brutal auf die Demonstranten eingeschlagen. Die Demonstranten wollten vor das Gebäude der Polizeidirektion ziehen und die Freilassung ihres Kommilitonen Karl Wiese verlangen. Karl war eine Stunde zuvor verhaftet worden, nachdem er einen Polizeispitzel enttarnt hatte.

Wegen der Enttarnung fand am 24. Februar und 1. März Prozeß gegen Karl statt, der inzwischen Präsident des Studentenparlaments ist. Die Anklage warf ihm Beleidigung, Nötigung und Körperverletzung sowie Sachbeschädigung vor. Es zeigte sich aber schon bald, daß es nicht um irgendwelche tatsächliche oder vermeintliche Verbrechen von Karl ging, sondern um die Bespitzelungsmethoden der Polizei und um ihr Verhalten vor Gericht.

WIE KAM ES ZU SEINER VERHAFTUNG?

Am 30.9. war ein Demonstrationszug der Boykotteure von den naturwissenschaftlichen Instituten hinunter vor die neue Aula gezogen, man wollte von Universitätspräsident Theis Auskunft über bestimmte Repressalien einiger Professoren.

Karl befand sich mit den anderen Demonstranten auf dem Platz vor der neuen Aula und wurde auf einen unbekannten Zivilisten aufmerksam gemacht, der dort fotografierte. Dies war, wie sich später herausstellte, der Polizist in Zivil Fries. Karl ging auf ihn zu und fragte ihn nach Namen und Ausweis. Der Angesprochene aber versuchte sich abzusetzen. Da weder seinen Dienstausweis vorlegte noch zu den umstenden zahlreichen Polizisten ging, wurde Karl in seinem Verdacht bestärkt, hier versuche jemand, möglicherweise ein rechtsstehender Student, Handlangerdienste für seine Freunde vom Verfassungsschutz zu verrichten.

Karl folgte ihm, holte ihn ein und bemühte sich weiterhin, Auskünfte über seinen 'Partner' zu erhalten sowie über die Frage, warum und für wen er fotografiere. Da dieser sich aber allen Fragen durch dümmliche, ironische und einfach alberne Antworten entzog und weiterhin nicht bereit war, sich auszuweisen, platzte Karl schließlich der Kragen, und er sagte zu dem Mann: "Mit dir Schwein möchte ich nichts mehr zu tun haben." Hierin sehen Staatsanwalt und Richter eine Beleidigung. Sie konnten oder wollten den Zusammenhang nicht sehen, in dem diese Äußerung gefallen war. Karl wich aber auch jetzt noch nicht von der Seite des Polizisten Fries. Als er dann ein Taxi heranwinkte und endgültig abhauen wollte, gab es, wie das Gericht auch erkannte, für Karl nur eine Möglichkeit, sich in den Besitz von möglicherweise unrechtmäßig angefertigten Fotos zu setzen: er entriß dem Polizisten die Kamera und lief weg; der Bulle aber natürlich sofort hinterher.

Da Fries die Kamera mit einer kleinen Kette um seine Hand gewickelt hatte, waren dort zwei kleine rote Striemen zu sehen. Sie können allein vom Tragen der Kamera entstanden sein, doch behauptete Fries, sie seien beim Entreißen der Kamera entstanden. Und so lächerlich es klingt, zeigte er Karl deshalb wegen Körperverletzung an. Außerdem sah der Staatsanwalt im Wegreißen der Kamera eine Nötigung. Als Karl merkte, daß er Fries nicht abschütteln konnte, ließ er, um wenigstens die Bilder unbrauchbar zu machen, die Kamera zu Boden fallen. Dabei ging sie zu Bruch, und der Staatsanwalt sah darin eine Sachbeschädigung.

Unmittelbar danach wurde Karl verhaftet. Aber nicht von dem Zivilbullen Fries, der sich immer noch nicht zu erkennen gab, sondern von einem anderen Polizisten, der ebenfalls in Zivil war. Soweit der Sachverhalt.

Karl wurde von den Anklagen der Körperverletzung, Nötigung und Sachbeschädigung freigesprochen, also von den Punkten, die sich direkt auf die Enttarnung des Spitzels beziehen. Der Richter erkannte, daß Karl aus dem merkwürdigen Verhalten des Zivilisten nicht schließen konnte, daß es sich bei ihm um einen Polizeibeamten handele. Somit habe er, um das Recht auf sein eigenes Bild zu wahren, in Putativnotwehr gehandelt. Der Richter verurteilte ihn aber wegen Beleidigung zu 150 Mark Geldstrafe.

Der Staatsanwalt hatte Karl in allen vier Punkten für schuldig angesehen und wollte ihn aus exemplarischen Gründen zu vier Monaten Knast, ausgesetzt zur Bewährung auf drei (!) Jahre, verurteilt wissen. Soweit die Vorfälle selber. Festzuhalten bleibt, daß Karls Versuch, einen Polizeispitzel zu enttarnen, ihm eine Vorstrafe eingebracht hat. Und noch ist nicht sicher, ob der Staatsanwalt nicht in Berufung geht.

DAS VERHALTEN DER POLIZEI VOR GERICHT

Weit bedenklicher als diese Tatsache war das Verhalten der Polizei vor Gericht und waren ihre Bestrebungen, die Vorgänge vom 30.9. und den Tagen danach zu vertuschen.

Das sah so aus, daß der "Zeuge Fries" zu allen Fragen die Aussage verweigerte, die Aufschluß über den Umfang und die Methoden der Bespitzelungstätigkeit während der Demonstration hätten geben können. Er konnte vor Gericht eine Aussagegenehmigung seiner Polizeioberen vorlegen, wonach er (u.a.) keine Fragen beantworten dürfe, die etwas über die polizeitaktischen Maßnahmen und die Ermittlungsmethoden der Polizei aussagen könnten.

So weigerte er sich hartnäckig, die Frage zu beantworten, ob er einen Dienstausweis dabei hatte. Der Prozeß mußte eigens unterbrochen werden, damit Fries sich die Erlaubnis zur Beantwortung dieser Frage einholen konnte. Und dann stellte sich heraus, daß er am 30.9. seinen Ausweis nicht dabei hatte!

Auch die Frage, warum er sich auch nach der Verhaftung Karls immer noch nicht zu erkennen gab, beantwortete er nicht. Insgesamt verweigerte er etwa 15 mal eine Antwort.

VERNICHTETE DIE POLIZEI BEWEISMITTEL?

Gänzlich mysteriös wurde die Sache, als es um die Polizeitätigkeit am 30.9. und danach selber ging.

So will der Spitzel insgesamt nur eine einzige Aufnahme gemacht haben. Und das, obwohl er gerade dazu eingesetzt war, zum Zwecke der Beweissicherung Demonstranten zu fotografieren. Ferner: die Frau, die die Kamera und den Film von der Straße aufgehoben hatte, gab glaubhaft an, der Film habe gänzlich in einer Patrone gesteckt. Daraus muß man schließen, daß der Film, immerhin 36 Aufnahmen, vollgeknipst war. Als er dann aber dem Gericht vorgelegt wurde, schaute er zu Zweidritteln aus der Spule heraus. Der Richter gab daraufhin den Auftrag, den Film erneut zu untersuchen und insbesondere des restliche Drittel, das noch in der Spule steckte, zu entwickeln. Dabei stellte sich heraus, daß der Film

von vorn bis hinten schwarz war. Das bedeutet, daß jemand ihn aus der Spule herausgezogen hat — offensichtlich in der Absicht, die Bilder zu vernichten — und ihn anschließend zu einem Drittel wieder aufgespult hat.

In der Zeit von seinem Auffinden bis zu seiner Übergabe an das Gericht aber befand sich der Film in den Händen der Polizei! So äußerte Karls Verteidigerin, Dorte Schmeissner, den Verdacht, daß hier das Delikt der Beweismittelvernichtung vorliege. Und der Richter mochte diesem Verdacht nicht widersprechen.

Hieran und an der Aussageverweigerung des Polizisten wird eines deutlich: die Polizei versucht Aktivitäten, bei denen sie nicht besonders gut oder rechtmäßig aussieht, zu verschleiern. Selbst vor Gericht greift sie zu diesem Mittel. Damit verhindert sie aber — möglicherweise zu Lasten Unschuldiger — die Wahrheitsfindung.

Somit aber kann die Tätigkeit der Polizei, die ja nur ein Vollzugsorgan sein soll, nicht demokratisch kontrolliert werden: sie ist ein Staat im Staate und kann sich leicht zu einem Staat über den Staat auswachsen.

Wie aber verträgt es sich mit dem Anspruch auf richterliche Unabhängigkeit, wenn es dem Richter nicht möglich ist, sich über Handlungen (und Fehlhandlungen) der Exekutive zu informieren? Wie kann da vor Gericht überhaupt noch die Wahrheit gefunden werden?

Ist nicht in gewisser Weise die Polizei unabhängiger oder im Orwellschen Sinne gleicher als der Richter? Und ist das nicht schon ein Schritt in Richtung Polizeistaat?



1500 Frauen demonstrierten am 1.März mit einem Fackelzug gegen die zunehmende Gewalt gegen Frauen in Berlin.

FACKELZUG DER BERLINER FRAUEN

BERLIN 10.März *Aus Berlin erhielten wir folgenden Bericht:*
,,Etwa 1500 Frauen demonstrierten am 1. März mit einem Fackelzug gegen zunehmende Vergewaltigungen und Gewalt gegen Frauen. Ich glaube, es ist das erste Mal, daß es hier bei uns überhaupt eine reine Frauendemonstration gab und auch das erste Mal, daß wir Frauen uns kollektiv mit unserer Angst und unserem Widerstand gegen Gewalt auf die Straße trauten.

Der Anlaß zu diesem Schritt ist erschreckend gewesen: am 26.Februar wurde die 26jährige Studentin Susanne Schmidtke in Charlottenburg in einem Hausflur vergewaltigt und durch Tritte und Schläge so mißhandelt, daß sie drei Wochen später im Krankenhaus starb, ohne vorher wieder das Bewußtsein erlangt zu haben. Obwohl es zwischen ihr und dem Täter einen längeren Kampf gegeben haben muß, kam ihr keiner zur Hilfe. Erst Tage später meldete sich ein Mann aus der Nachbarschaft, der angab, den Vorfall beobachtet zu haben! Einen Grund zum Einschreiten hat er anscheinend nicht gesehen. Dies ist schon der 2.Fall von Vergewaltigungen mit tödlichem Ausgang in Charlottenburg innerhalb von drei Monaten. Die Presse spricht von einem ,Sittlichkeitsdelikt', was in Wirkichkeit die brutalste Form der Gewalt gegen Frauen ist und keineswegs ein Einzelfall.

Mit der Demonstration wollten wir klarmachen, daß wir nicht länger bereit sind, Vergewaltigungen und Gewalt länger zu ertragen. Sie sollte kein Trauermarsch sein, sondern ein Zeichen von gemeinsamen Widerstand. Die Demonstration ging direkt durch das Wohngebiet von Susanne Schmidtke. Die Atmosphäre wirkte fast gespenstisch: 1500

Frauen mit brennenden Fackeln, mit Sprechchören und Liedern: „Wehrt euch, leistet Widerstand, gegen Vergewaltigung im Land" „Frauen wehrt euch gegen Vergewaltiger" und „Frauen hört ihre Frauen schrein, laßt die andere nicht allein".
Ich glaube,die unmittelbare Betroffenheit aller Frauen, das Ungewöhnliche einer reinen Frauendemo und die Wirkung der Fackeln machten es aus, daß ich zum ersten Mal bei einer Demonstration das Gefühl hatte, daß von dem, was wir sagten, bei den Leuten am Straßenrand und in den Häusern etwas rüber gekommen ist. Ich habe bei keiner Demo so viele Leute am Straßenrand und in den Fenstern gesehen, Männer stürzten aus den Kneipen und blieben verunsichert von dem Anblick stehen. Nur einige trauten sich, blöde Bemerkungen zu machen. Die Reaktion war durchweg positiv.

In den Redebeiträgen versuchten die Frauengruppen klarzumachen, daß es bei dieser Frauendemonstration nicht um die Forderung nach mehr ‚law and order' ging, denn gerade in Charlottenburg gibt es nicht zuwenig,sondern zu viel Polizeistreifen. Sie haben uns bisher nicht geschützt und werden uns auch nicht schützen. Klar wurde auch, daß es bei Vergewaltigungen nicht um ein sexuelles Problem geht, sondern um die Frage der Herrschaft und Ge-

walt von Männern über Frauen, wie wir sie bei Vergewaltigungen am offensten erleben.

Die sogenannten ‚Sittlichkeitsverbrechen' sind aber nur die Spitze eines Eisberges. Die meisten Vergewaltigungen finden in der Ehe statt! Hiervor können wir uns nicht mit Gesetzen und härteren Strafen für Vergewaltiger schützen, sondern durch gegenseitige Unterstützung und Aufmerksamkeit. Als Vorschläge, wie wir uns vor Vergewaltigungen schützen können, wurden ganz praktische Vorschläge gemacht wie Selbstverteidigungstraining, Notrufzentralen für Frauen, laut „Feuer' statt ‚Hilfe' schreien oder auch gemeinsame, organisierte Patrouillen von Frauen in besonders gefährlichen Gebieten, wie sie bereits in einigen Städten der USA gemacht werden. Diese und andere Vorschläge sollen weiter in den Frauengruppen diskutiert werden: Wir können nicht frei sein, bevor wir nicht über unseren Körper selbst bestimmen können. Wir wollen uns das Recht erobern, zu jeder Zeit, zu jeder Stunde ohne Angst dorthin gehen zu können, wohin wir wollen."

Kontaktadresse: **Frauentreffpunkt Charlotte e.V.**
Seelingstraße 57, 1000 Berlin 19

FRAUENLITERATUR–KONGRESS

HAMBURG
März 77

Hamburger Frauen laden zu einem Kongreß über Frauenliteratur ein (vom 22. bis 24. April im Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee 9, 2000 Hamburg 13). Die Frauen schreiben in ihrem Flugblatt u.a.:

Frauenliteratur ist inzwischen in Mode gekommen. Verlage stürzen sich auf das profitversprechende Thema; und politisch enttäuschte bzw. linksfeindliche Tendenzen erobern das Gebiet. Wir sehen aber politische Möglichkeiten in der Frauenliteratur und meinen auch, daß Literatur ein wichtiger Faktor für die Frauenbewegung ist, (gerade die Frauen können ja eine neue Qualität in die linke Bewegung bringen, wenn sie die Trennungen zwischen öffentlichen und privaten, politischen und scheinbar unpolitischen Fragen durchbrechen). Wir wollen auf einem Treffen mit allen Interessierten über die heutige Situation und die Perspektiven der Frauenliteratur diskutieren und Erfahrungen austauschen über:
— Schreiben und/oder Gebrauchen von Frauenliteratur im jeweiligen Lebens- und Arbeitszusammenhang,
— Vorstellungen von einer inhaltlichen und organisatorischen Weiterentwicklung der Frauenliteratur,
— Verbindungen und Zusammenhänge dieser Literatur mit der übrigen Gegenbewegung,
— alte und neue Verbindungen zwischen Schreibenden und Lesenden; Vertriebsformen,

Damit wollen wir - und hoffentlich ihr mit uns - gegen die Vermarktung und den (manchmal vielleicht ungewollten) gesellschaftspolitischen Rückzug der Frauenliteratur gemeinsame Schritte unternehmen.

Für das Gelingen eines Erfahrungsaustausches braucht man Menschen, die Erfahrungen machen - die nicht nur als Zuschauer und -hörer kommen. Deshalb würden wir uns freuen, wenn zu dem Treffen Frauen (und Männer) kommen, die mit Frauenliteratur umgehen (z.B. in Schule, Gewerkschaft, Stadtteil, Jugengruppen usw.) - und Frauen, die schreiben. Dies besonders, um die Beziehung zwischen Produktion und Gebrauch von Literatur konkret zu machen, die man sonst immer nur abstrakt herstellen kann. Wir wollen aber nicht nur über Bücher reden. Wir wollen auch etwas über Theater, Sketchs, Flugblatt-Gedichte, Artikel, Songs u.a. wissen, gerade um Formen zu entwickeln, die es leichter machen, die Schwelle zum selbst produktiv werden zu überwinden.

UNKOSTENBEITRAG: für Materialen und Räume usw. 5,-
KONTAKTADRESSE: Ruth Geiger und Sigrid Weigel,
Haynstr. 7, 2000 Hamburg 20,
Tel. 040/48 60 33

Damit die Vorbereitung für uns etwas leichter ist (Räume, Getränke usw.) bitten wir euch, euch bis zum 10. April **schriftlich** anzumelden. Das geht auch gruppenweise mit ungefährer Teilnehmerzahl.

3. BILDUNGSWEG – FRAUENKAMPF

FRANKFURT
10.März

In einer Protesterklärung von Frauen, die den 3.Bildungsweg absolviert haben, hieß es im Rahmen einer Arbeitstagung „Repression gegen Frauen" des Nationalen Frauenkongresses in München vom 4.-6.März 77 unter anderem:

„Durch verschärfte Zulassungs- und Prüfungsbedingungen soll in Zeiten des immer härter werdenden Kampfes um Studienplätze der 3.Bildungsweg ausgetrocknet werden. Im Artikel der Frankfurter Rundschau vom 18.2.77 heißt es wörtlich: „Es wird nicht mehr zugunsten der Bewerber berücksichtigt, daß der 3.Bildungsweg als Modell für berufstätige Erwachsende konzipiert und mit großem Erfolg praktiziert worden ist. Besonders wichtig war das bisher für Hausfrauen, die im 2.Bildungsweg keine Chance hatten und haben."

Der 3.Bildungsweg (Begabtenabitur) wurde in den 60er Jahren im Zeichen des ‚Bildungsnotstandes' zur Ausschöpfung der Begabtenreserven durch kultusministeriellen Erlaß in den Ländern Bremen, Niedersachsen und Hessen geschaffen. Er war für viele Frauen bisher die einzige Möglichkeit, noch ein spätes Studium aufzunehmen. Vorwiegend in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften konnten sie sich die theoretischen Kenntnisse und beruflichen Qualifikationen erwerben, um in ihren sozialen Interessensbereichen mit ihrem praktischen Erfahrungshintergrund engagierter weiterzuarbeiten.

Zwar sind Frauen und Männer gleichermaßen von den Beschränkungen im 3.Bildungsweg betroffen, jedoch hat dies für Frauen in kulturpolitischer Hinsicht noch eine andere Dimension:
In Zeiten wirtschaftlicher Rezession verstummt nicht nur allgemein das.‚Emanzipationsgeflüster', sondern sie verspü-

ren wieder die ganze ‚Chancenungleichheit' am eigenen Leib. Im Zuge der Arbeitslosigkeit sind es Frauen, die als erste aus dem Arbeitsprozeß hinausmanövriert werden, deren Weiterqualifizierung behindert wird und denen die eröffneten Bildungswege beschnitten oder gar wieder verschlossen werden.

Mit einer umfangreichen Unterschriftenaktion deklarierte die Initiative die Erhaltung des 3.Bildungsweges zum Frauenkampf und wendet sich gegen die Willkür der Kultusbürokratie durch erhöhte Ablehnung der Bewerber infolge Einengung des Ermessensspielraums für die Zulassung zur Prüfung. Im Vergleich bereits bestehender Repressionen, denen insbesondere Frauen in unserer Gesellschaft ausgesetzt sind (wie etwa ‚Gewalt gegen Frauen', Berufsbeschränkungen und -behinderungen) würde die derzeitige Austrocknung des 3.Bildungsweges bzw. dessen Abschaffung zur institutionalisierten Repression! "

Die Frauen vom 3.Bildungsweg rufen zur Unterstützung ihres Kampfes gegen die Verschärfung der Prüfungsbestimmungen auf. Sie haben eine Unterschriftenaktion begonnen, zu der ihnen noch viele Unterschriften fehlen. Außerdem sammeln sie Material für das Russel-Tribunal.

Unterschriften,Informationsaustausch läuft über die Kontaktadresse:
Sofia Bauer, Darmstädter Landstr. 302
6 Frankfurt 70; Tel.: 0611 / 68 42 36

TU MUSS WILLI GIERKE EINSTELLEN

GÖTTINGEN
März 1977

Nach zahlreichen Initiativen, Protesten uswusf. ist der Rechtsstreit um die Nichteinstellung des Göttinger Diplom—Sozialwirts Willi Gierke (ID Nr. 164) wegen Mitgliedschaft und Tätigkeit in der DKP und im marxistischen Studentenbund Spartakus vor dem Arbeitsgericht Hannover am 9. Februar entschieden worden. Das Gericht verpflichtete die TU Hannover, Gierke einzustellen.

Begründung:

1) In Übereinstimmung mit dem Bundesarbeitsgericht leitet das Arbeitsgericht Hannover einen Anspruch auf Einstellung in den öffentlichen Dienst unmittelbar aus Artikel 33 Grund gesetz (freier und gleicher Zugang zum öffentl. Dienst) ab.

2) Allein die Berufung auf die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei oder Organisation, die die Einstellungsbehörde für verfassungsfeindlich hält, rechtfertigt keine Einstellungsablehnung.

3) Bei der Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst ist nach dem Tätigkeitsbereich der Bewerber zu differenzieren. Aufgrund der Ausführungen Willi Gierkes in der mndl. Verhandlung vor Gericht sind Zweifel an der Verfassungstreue Willi Gierkes unbegründet.

Bemerkenswert, daß der Vertreter des Ministers für Wissenschaft und Kunst bei der Urteilsbegründung durch Abwesenheit glänzte.

Kontaktadresse:
Göttinger Initiative gegen Berufsverbote
c/o Gisela Ou, Hartmut Ring
Auf dem Lohberge 24 a
3400 Göttingen

LEHRER – EINSTELLUNGEN

MAINZ
März 77

Das Mainzer Kommitee gegen Berufsverbote, politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse sandte uns die Presseerklärungen zu zwei Fällen von Kampf gegen das Berufsverbot. Wir bringen sie aus Platzmangel ein wenig (sehr) gekürzt, aber hoffentlich inhaltlich richtig:

Michael Gorski ist nach 3 (drei) Jahren in den hessischen Schuldienst eingestellt worden (am 1.2.77 in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien). Dazu sind aus der Sicht der Betroffenen einige Feststellungen zu machen: Die Zermürbetaktik der Behörde ist gescheitert. Die jetzt vorgenommene Einstellung ist ein klarer Erfolg gegen die rechtswidrigen Praktiken der Behörde, die an einer gerichtlichen Klärung - wie ihr gesamtes Vorgehen zeigt - nur äußerst gering interessiert gewesen ist.

Die jetzt erfolgte Einstellung ist mit einem politischen Vorbehalt für die Zukunft versehen. Der hessische Kultusminister stellt ausdrücklich fest: 'Diese Voraussetzung (für den Vorbereitungsdienst) scheint Herr Gorski zu erfüllen. Damit erfüllt er nach jetzigem Erkenntnisstand jedoch noch nicht die Anforderungen, die an seine Treuepflicht für eine weitere Beschäftigung im Schuldienst des Landes Hessen nach Beendigung seiner pädagogischen Ausbildung gestellt werden. Seine eventuell erneute Einstellung bedarf meiner vorherigen Zustimmung.'

Das Beispiel Michael Gorski zeigt, daß es darauf ankommt, sich entschieden zur Wehr zu setzen. In diesem Sinne dankt Michael Gorski allen, die ihre Solidarität praktisch zum Ausdruck gebracht haben, u.a. den Arbeitskollegen aus der Glasfabrik, Kollegen im Studienseminar Wiesbaden, Hausbewohnern und Freunden, die ihm den 'Rücken stärkten', damit er nicht krumm werde.

Währenddessen wartet Christina Gorski-Hauser seit einem Jahr auf Nachricht über den Stand ihres 'Falles'. Ihre 'politische Anhörung' fand vor einem Jahr statt.

Zum Fall Gerfried Beck

Das Berufsverbotsverfahren von Gerfried Beck läuft seit seinem Examen im Jahre 1974 (Untätigkeitsklage seit Mitte 1976 'anhängig'). Ein Verhandlungstermin ist noch nicht in Aussicht. Ein parallel laufendes Eilverfahren beim Verwaltungsgericht Koblenz - Auswärtige 3. Kammer in Trier - (Klageziel Einstellung auf Widerruf) brachte, das Ergebnis, daß Beck unbezahlt (!) an der Ausbildung teilnehmen 'darf'.

Zum 1.2.77 wurde Gerfried Beck in Hessen zum Beamten auf Widerruf ernannt und erteilt seitdem Unterricht. Die Trierer Verwaltungsrichter hatten übrigens bei ihrer ablehnenden Entscheidung keinerlei Kenntnis von der Einstellung in Hessen. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Praktiken der Trierer Richter; die Möglichkeit der Rechtsverfolgung wird durch diese Verzögerung bis zur völligen Sinnlosigkeit entleert.

— Verwaltungsvorverfahren:
  Die Verwaltungsbehörde bedient sich einer rechtsfeindlichen Verzögerungstaktik. Diese drückt sich u.a. darin aus, daß der Ablehnungsbescheid erst Mitte 1975 erging und nachdem Gerfried Beck am 17.7.1975 Widerspruch dagegen einlegte, wartet er bis heute ergebnislos auf den Erlaß eines Widerspruchsbescheides.
— Hauptverfahren:
  Ein 1. mündlicher Termin ist über ein halbes Jahr nach Erhebung der Untätigkeitsklage noch nicht in Aussicht gestellt werden, da das Gericht sich mit Arbeit überlastet sieht.
— Eilverfahren:

Dasselbe Gericht lehnt alle Anträge auf Einstellung und Ausbildung ab (ob Beamten- oder ob Angestellten- oder ob Praktikantenverhältnis oder ob als schlichte Teilnahme, (vgl. oben I.2.).

Kontaktadresse:
Mainzer Komitee gegen Berufsverbote, politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse
c/o F.S. Süsterheun
Kloberstr. 8
6503 Mainz—Kastel

ORGANISATION ARBEITSLOSER LEHRER

KIEL März 77 Seit dem November des vergangenen Jahres gibt es in Kiel einen 'Arbeitskreis Arbeitsloser Lehrer' (AKAL). Er ist entstanden, weil einige arbeitslose Lehramtsanwärter erkannten, daß es schlecht sei, sich allein und individuell um sein weiteres 'Schicksal' zu kümmern und daß es nötig sei, daß die Betroffenen sich zusammen tun.

An Aktivitäten ist bisher einiges gelaufen: Veranstaltungen, Pressekonferenzen etc. Zu den Schwierigkeiten mit der GEW schreibt der AKAL in seiner Broschüre: ' . . . hat die GEW einerseits gezeigt, daß er ihr nicht darum geht, die vorhandenen Aktivitäten zur Lehrerarbeitslosigkeit zu unterstützen und daß sie außerdem den Radikalenerlaß in wesentlich schärferem Maße und unbegründet anwendet als dies staatliche Dienststellen tun.'

Weiter heißt es: 'Eine Veranstaltung, die unter dem Thema 'Die Einstellungsaussichten der Lehramtsanwärter - Ausweg Angestelltenverträge? ' stand, brachte keine einheitliche Ablehnung der Angestelltenverträge, was von uns als erstrebenswertes Ziel angesehen worden war. Dennoch war die Veranstaltung unserer Meinung nach durchaus ein Erfolg, denn ein Vertreter des KuMi legte zum ersten Mal genaue Zahlen über die Einstellungen und die Vergabe von Angestelltenverträgen vor. Außerdem wurde das Thema der arbeitslosen Lehramtsanwärter, daß zu diesem Zeitpunkt völlig eingeschlafen zu sein schien, von Zeitungen, Rundfunk, GEW und Asten wieder aufgegriffen.'

Wer mehr über den AKAL wissen will, wende sich an:
Arbeitskreis arbeitsloser Lehrer
Lambert Rolle
Dahlmannstr. 2
2300 Kiel
Tel.: 0431/553612

CHRONOLOGIE DES WINTERSEMESTERS AN DER WESTF'WILHELMS'UNIVERSITÄT

MÜNSTER / 9. März

- 3500 Teilnehmer an der Demonstration am 16.12. gegen das 25 000 DM-Urteil gegen den ASTA wegen seines Aufrufs zur Solidarität mit Chile und für die Verfaßte Studentenschaft mit Satzungsautonomie, Finanzhoheit und politischem und imperativem Mandat, Berufsverbote und Bespitzelungspraxis;
- 450 Münsteraner fuhren am 19.1. zur landesweiten Demo gegen die Anpassung des LHG an die restriktiven Bestimmungen des HRG nach Düsseldorf;
- eine große Anzahl von Studenten beteiligte sich aktiv oder passiv am zweitägigen Warnstreik am 20. /21.1.. An einigen FB's, z.B. Mathematik, Geschichte und Pädagogik wurde sogar 100% gestreikt.



die anti-fahne des sommersemesters

- 2500 Kommilitonen demonstrierten am 1.2. spontan gegen den Polizeieinsatz an der Uni, bei dem 77 Studenten „vorläufig festgenommen" und mit Strafanzeigen bedroht wurden.
- 4000 Studenten nahmen teil an der Demonstration am 4. 2. gegen den Abbau demokratischer Rechte, Repressionsmaßnahmen an der WWU und Fortsetzung der STreikaktion im Sommersemester.

Diese Demonstrationen waren die größten in Münster seit der berüchtigten 68er Anti-Nazi-Kiesinger Demonstration: „Scheißt ihm in den Grünkohl", wo es Kiesinger verwehrt blieb, zum Grünkohlkauen das Rathaus durch die Vordertür zu betreten. Während der Streiktage zeigten sich Aktionsformen, die die traditionellen politischen Gruppen aufs tiefste kränkten und verunsicherten. Z.B. stellte sich am ersten Streiktag im besetzten Hauptgebäude, dem Schloß, ein Schwein zur Rektorwahl; sehr zum Mißfallen des MSB, der lieber seinen 2. AStA-Vorsitzenden zum neuen Rektor küren wollte. In der Demonstration am 4.2. signalisierte eine riesige bemalte Fahne den bevorstehenden Bankrott der dem partikularen Machtinteresse verpflichteten politischen Gruppen. Nebenbei bemerkt bilden die Erfinder überraschender, phantasiereicher Aktionen auch das Rückgrat der Münsteraner Anti-KKW-Bewegung, die sich besonders um den Nichtbau des KKW Uentrop-Schmehausen sorgt.

STRASSENMUSIKFEST UND -TREFFEN

FRANKFURT 10.März

Es tut sich was und es wird sich auch weiterhin auf den Straßen was tun. Dies ist wohl das Fazit des Treffens am letzten Wochenende. Denn neben viel Musik und Fest haben die in Frankfurt versammelten Asphaltaktivisten auch einige Beschlüsse gefaßt für die nächste Straßensaison in Westdeutschland. Sie beginnt schon in knapp drei Wochen und zwar am **27. März in München.**

Das Festival fängt am Sonntag an und geht dann wohl bis Dienstag oder Mittwoch oder noch länger. Wir haben uns gedacht, daß es einmal ganz gut wäre, ein Straßenfest im Alltag zu machen. Das Münchner Fest beginnt am Sonntagnachmittag im Englischen Garten mit einem Empfang der Straßenkünstler. Ob es Torte und Eiskrem geben wird, steht noch nicht fest.

Das nächste Straßenfestival findet dann im Norden statt. Und zwar vom 19. - 22.Mai in Lübeck. Eine Woche später — Pfingsten — geht es dann weiter in Berlin und vom 3. - 6.Juni nach Kiel. Ob in der Zwischenzeit ein Sommercamp mit viel Musik in Brokdorf oder Gorleben stattfindet, steht zur Zeit noch nicht fest. Auch die Termine für Strassenfeste in Köln und Münster stehen noch nicht, aber laufen wird da auch was.

Auf dem Frankfurter Treffen waren fast ausschließlich nur Musikanten versammelt, was allgemein bedauert wurde, denn schließlich soll es in Zukunft nicht nur um die Musik auf der Straße gehen, sondern mehr um die Straße selbst. Außerdem sind Straßentheaterleute, Straßenmaler ebenso von den behördlichen und polizeilichen Repressalien betroffen wie Straßenmusiker.

Für die nächsten Straßenfeste soll auch Kontakt zu anderen Basisinitiativen am Ort aufgenommen werden, die sich dann während der Straßenfeste vorstellen können. Es reicht wohl kaum, wenn wir aus der Straße nur eine Bühne oder einen Konzertsaal machen, auf der sich die einen produzieren und die anderen konsumieren, sondern die Straße soll wieder zum öffentlichen Ort werden, zum Zentrum für Kommunikation.

Nur so wird es zu verhindern sein, daß die Straßenkünstler zu einer exotischen Minderheit werden. So kommunikativ und strukturaufbrechend es meistens ist, wenn mann/frau/gruppe auf der Straße was macht, so leicht kann es bei Straßenfesten passieren, daß sich durch die ganze Festivalstimmung eine Asphaltaktivistenszene bildet und sich gleichzeitig isoliert.

Entscheidend ist, daß wir das radikale Leben auf der Straße zusammen mit dem ‚gemeinen Volke' praktizieren, dem die städtische Trostlosigkeit genauso stinkt.
Nach Frankfurt waren am Wochenende eine ganze Reihe von Straßenmenschen gekommen. Beim praktischen Teil in der Innenstadt konnte man das erstmals voll übersehen: Etwa 50 Musiker trafen sich zum Plenums-Dauer-Rock mitten im Frankfurter Betonghetto, und einer nach dem anderen improvisierte eine Art Solo. Ein Text dazu machte auch schnell die Runde: „Die Sonne scheint, das Pflaster kracht, auf der Straße wird Musik gemacht". So ähnlich war's dann auch. Beim abendlichen Gala-Fest platzte die Kneipe ‚Elfmeter' schier aus den Nähten. Manche haben bei der Fülle die Musiker nur als Stummfilmakteure mitgekriegt.

Etwas zu kurz gekommen ist bei dem Treffen die Diskussion unter den Straßenmusikern — über musikalische und textliche Inhalte, über ganze persönliche Erfahrungen mit den Publikum oder Bullen. Das dürfte auf den kommenden Treffen nachzuholen sein.

GROßSTADTPFLASTER EINE ZEITUNG FÜR ASPHALTAKTIVISTEN

Anfang März erschien die erste Nummer dieser Zeitung mit dem Schwerpunkt Straßenmusik. Auf 50 Seiten enthält das Heft neben vielen schönen Fotos und Liedern Berichte von drei Straßenmusikfestivals und Tips, wie man so was organisiert; auch einige ‚theoretische' Artikel, die eine Grundlage für eine Diskussion über unsere Vorstellungen vom Leben auf der Straße sein können.

Das Großstadtpflaster gibt es demnächst in linken Buchläden für 2,50 DM. Wer nicht in der Nähe eines Buchladens wohnt, kann die Zeitung auch bei

Peter Bluhm, Sophienblatt 26 - 2300 Kiel bestellen. Die Lieferung erfolgt dann postwendend, wenn ihr 3,00 DM auf das Postscheckkonto 340494-208 (Hamburg) überweist oder den Betrag in Briefmarken beilegt.

"SIEG HELAU": DIE FASCHISTEN IN DER FASNACHT

HAYINGEN/EGLINGEN STEINHILBEN 26.Februar

Faschisten in voller Montur, den ‚Führer' mimend mit Jeep und Knarre unter dem Motto: ‚Nie war er so wertvoll wie heute' sahen die Zuschauer dreier Fasnachtsumzüge im Kreis Reutlingen. Über den Vorfall und die Reaktion berichtet die Südwest-Presse Ulm vom 24.2.77:

„Es gibt Leute, die meinen, man könne darüber diskutieren, ob dies nun über die Grenzen des sogenannten guten Geschmacks ging oder nicht. Wir meinen, da ist nichts zu diskutieren, gar nichts.
Der Vorgang: An den Fasnets-Umzügen in Eglingen und Steinhilben im Kreis Reutlingen auf der Schwäbischen Alb, beteiligte sich auch eine Gruppe aus dem Dorf Oberstetten. Die Kostümierung des ‚Hauptdarstellers': Hitler-Bärtchen, Arm-Binde mit Hakenkreuz, an der Uniform-Jacke das Eiserne Kreuz. Hinter und neben dem ‚Führer' saßen Männer, als Soldaten verkleidet, Wehrmachts-Stahlhelme auf dem Kopf. Zur allgemeinen Erheiterung zielten diese ‚Soldaten' mit Gewehren in die Menge. Ein Teil der Zuschauer erwiderte den Gruß des ‚Führers' mit „Sieg Heil" — so Augenzeugen.

An dem Jeep mit amtlichem Reutlinger Kennzeichen waren zwei Tafeln angebracht, auf denen zu lesen stand: „Noch nie war Er so wertvoll wie heute" — Er groß geschrieben. Mit Er ist Hitler gemeint.

Bürgermeister Hägele von Hohenstein meinte, man solle besser über die Sache hinweggehen. Wir meinen nicht; denn wir haben unseren Augen kaum getraut, als wir die Fotos aus Eglingen sahen. Die offensichtlich gleichmütige, eher heitere Reaktion der Festzugs-Zuschauer hat uns erschreckt. Der Bürgermeister sagte auch: „Das sind anständige Bürger. Das sind keine Rechtsradikalen, keine renitenten Leute".
Die Namen der „anständigen Bürger", die sich diesen Beitrag zum Fasching ausgedacht haben, sind telefonisch natürlich nicht zu ermitteln. Da hält man auf der Alb zusammen. Da kriegt man gesagt: „Wir wollen die doch nicht in Unannehmlichkeiten stürzen". Widersprochen hat einzig die Lokalzeitung „Alb-Bote" mit einem mutigen Kommentar.

Was die Unannehmlichkeiten betrifft: Ob das Tragen von Nazi-Emblemen bei solcher Gelegenheit strafbar ist, ist umstritten. Der Gesetzes-Kommentar spricht von einer Auslegungsfrage. Wir halten den Vorfall für einen Skandal. Und wir meinen weiter, daß Konsequenzen nicht ausbleiben dür-



klaus der geiger, hieronymus (oben) zwei strassenmusiker während des 2. treffens der freien musik in frankfurt (oben, treffpunkt hauptwache). bald ein halbes hundert gitarren, banjos, geigen, mandolinen, mundharmonikas, akkordeons & blasinstrumente beim konzert (ausschn.rechts)

strassenmusik-fotos, viele motive, über ID-Bilddienst

fen. Ja, das wäre noch zu bemerken: Nur wenige Kilometer von Eglingen, wo sich das Nazi-Spektakel am Wochenende abspielte, liegt der Ort Buttenhausen. Das ist jene Gemeinde, in der 1933 zu Beginn der Nazi-Diktatur eine stattliche Judengemeinde bestand und in der heute kein Jude mehr lebt. Es sieht so aus, als ob zu schnell vergessen wird."

(Werner Skrentny)

In einem Leserbrief hat das DGB-Ortskartell (Zusammenschluß der Einzelgewerkschaften des DGB in kleineren Orten/Bezirken) gegen das Auftreten dieser Faschisten protestiert und Aufklärung gefordert. Das französische Fernsehen wird einen Bericht darüber senden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Verstoß gegen § 86a StGB, d.h. Verwendung der Kennzeichen von Nazi-Organisationen in der Öffentlichkeit.

NEUES VON DER WILDEN 13

TÜBINGEN
6. März

Inzwischen sind die Renovierungsarbeiten im besetzten Haus Münzgasse 13 in Tübingen schon ein ganzes Stück vorangekommen. Einige Gemeinschaftsräume sind fast schon komplett eingerichtet. Das auch deshalb, weil zahlreiche Bürger dem Aufruf gefolgt sind und bereitwillig alte Möbelstücke, Teppiche, Matrazen, Betten und sogar Fernsehgeräte überlassen haben. Am Wochenende war Tag der offenen Tür. Dabei konnten sich die Bürger überzeugen, daß das Haus als Wohnhaus und Kommunikationszentrum weit besser genutzt werden kann als als Instituts- oder Verwaltungsgebäude.

Da inzwischen auch eine einstweilige Verfügung der Universität auf Räumung wegen Befangenheit des Richters abgelehnt werden mußte, können Renovierungs- und Einrichtungsarbeiten in Ruhe fortgesetzt werden.

HAUPTEINGANG DES DORTMUNDER RATHAUSES ZUGEMAUERT

DORTMUND
10.März

Am Mittwoch, den 2.März um 12.00 Uhr begannen Mitglieder der Dortmunder Selbsthilfe (DSH) den Haupteingang des Dortmunder Rathauses zuzumauern. Mit dieser Aktion protestierten sie gegen die Zerstörung von erhaltenswertem Wohnraum, die gerade von der Stadt Dortmund und ihren Wohnungsbaugesellschaften betrieben wird.

Die DSH besteht aus Leuten, die arbeitslos sind und aus Heimen kommen, sich keine Hilfe mehr vom Staat erwarten, sondern sich jetzt selbst gemeinsam helfen und ihre Probleme gemeinsam angehen. Sie haben ein Transportunternehmen gegründet, mit dem sie Entrümpelungen durchführen und sich einen Laden eingerichtet, in dem sie alte Sachen billig verkaufen.

Eines ihrer dringlichsten Probleme ist natürlich das Wohnproblem. Sie haben im Sanierungsgebiet Dorstfeld eine Wohnung gefunden, aus der sie die Stadt jetzt raus haben will. Rund um ihre Wohnung herum wird guter Wohnraum zerstört und werden Türen und Fenster vernagelt und zugemauert. Die Vertreter der Stadt lehnen es ab, mit ihnen zu verhandeln, sondern rufen, sobald jemand vom DSH auftaucht nur die Polizei. Die Polizei wurde hier auch wieder gerufen und die Mauer erreichte nur eine Höhe von ca. 70 cm, dann wurde sie von Bediensteten der Stadt eingerissen. Doch während der ganzen Aktion wurde mit Flugblättern und über Megaphon vor mehr als 100 Zuhörern über die Machenschaften der Dortmunder Stadtverwaltung aufgeklärt.

Dortmunder Selbsthilfe e.V.
Dortsfelder Hellweg 13, 4600 Dortmund
Tel. 0231 / 17 30 45

DIE PIRATEN SENDEN WIEDER

BERLIN
9. März 77

Aus Berlin erreichte uns dieser Tage die folgende Nachricht:

'Der Piratensender unfreies Westberlin – PUW – hat am 2.3.77 erstmalig in türkischer Sprache, von Türken für Türken, gesendet. Die Bullen waren wieder einmal ratlos. Die Peilwagen sind umsonst unterwegs gewesen.
Seit Anfang 75 hat sich PUW in unregelmäßigen Abständen zu folgenden Themen in Berlin zu Wort gemeldet:
– Fahrpreiserhöhung
– Jugendarbeitslosigkeit
– Gefälschte Senatsgutscheine für Obdachlose
– Sendung über PUW
– Kein Kraftwerk am Oberjägerweg in Spandau.

Der Sender läuft auf UKW 93 Mhz und paßt bequem in jede Einkauftasche. Im letzten Jahr wurde von den Bullen ein Sender geschnappt, aber keine Leute, wir haben einen neuen und besseren Sender gebaut.

Damit es nicht bei einem Piratensender bleibt und den Bastlern Anfangsschwierigkeiten erspart bleiben, bringen wir demnächst eine Broschüre mit ausführlicher Bauanleitung des Senders heraus.

Ihr hört wieder von uns!'

BERICHT AUS DEM 'WESPENNEST'

BERLIN
März 1977

Seit Mitte Dezember 1976 besteht der Kommunikationsladen 'Wespennest' in Berlin-Kreuzberg. Die 'Wespen' haben ein Papier verfaßt, in dem sie beschreiben, was seither gelaufen ist und läuft. Darin steht unter anderem, daß sie sich noch immer als Leute verstehen, die 'keinen Bock mehr hatten, irgendeine Projektarbeit (z.B. Stadtteilarbeit) losgelöst von den eigenen Bedürfnissen zu machen.' Sie wollen sich vor allem mit Alternativen zu den üblichen Wohn-, Arbeits- und Lebensformen auseinandersetzen. Das Angebot, daß die 'Wespennestler' erarbeitet haben, ist reichlich:Teetrinken, Quatschen, 'Offene Abende', 'Volksfrühstück', Essen, diskutieren, töpfern, Theater, eine 'Nachbarschaftshilfe' ist geplant, Mitarbeit bei der Bürgerinitiative Oberhavel und noch viel, viel mehr. Schwierigkeiten gibts auch, organisatorische und andere.

Wer sich mit dem Wespennest in Verbindung setzen will (Erfahrungsaustausch oder so), der schreibe an:

Kommunikationsladen 'Wespennest'
Dresdener Str. 22
1000 Berlin 36

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

INTERNATIONALES

VERSPERRT WAR DER EINGANG ZUM „SUPER–PHENIX"

PARIS/MALVILLE 6. März „Super-Phenix ist kein gewöhnlicher Reaktor, sondern ein schneller Brüter. Die Bedrohung der Umgebung ist unmittelbar und von einmaligem Ausmaß." Die Tagung vom 19./20. Febr. in Morestel, einem Nachbarort von Malville (s. ID 166), hat bewiesen, daß, auch wenn die EDF (Electricite de France) im Laufe der letzten Jahre einige Grundstücke für den Bau von Super-Phenix kaufen konnte, ohne daß die betroffene Bevölkerung etwas davon wußte, dieser Komplott aufgedeckt wurde.

Seit Juli 76 hat der Widerstand gegen Super-Phenix andere Ausmaße angenommen. Er wird nicht nur von der Bevölkerung der umliegenden Region getragen, sondern auch von Behörden wie dem Generalrat der Departements Isère und Savoie, von Gemeinderäten und von Tausenden von Wissenschaftlern. Die Tagung hat diesem Kampf eine politische Dimension gegeben. In der Eröffnungsrede wurde gesagt: „Gegen den Willen der offiziellen Vertreter der Bevölkerung, trotz der Alarmrufe aller wissenschaftlichen Instanzen, baut die EDF den Super-Phenix. Gegenüber diesem Zynismus, der offensichtlichen Verachtung der öffentlichen Meinung und Interessen, müssen wir („Coordination Rhône – Alpes") feststellen, daß die Bevölkerung aus dieser Gegend sich in einer ausdrücklich legitimen Notwehr befindet.

Was ist Notwehr? Es ist das von den Gerichten immer anerkannte Recht, sein eigenes Leben und das seiner Familie und Freunde zu verteidigen, wenn dies von keiner öffentlichen Behörde erfüllt wird. Seitdem der Präsident den Bau von Super-Phenix genehmigt hat, hat sich keine Behörde für dieses Recht eingesetzt. Diese Tagung muß sich ihrer Verantwortung bewußt sein: Jetzt muß gehandelt werden! Es ist notwendig, daß sich unsere Freunde überall praktischer Mittel bedienen, um den Bau von Super-Phenix – ein KKW der Wahnsinnigen – aufzuschieben, zu verhindern. Die Tagung muß in aller Deutlichkeit die öffentlichen Behörden für die Konsequenzen verantwortlich machen. Letztendlich tragen die Behörden die Verantwortung für Aktionen gegen den Bau von Super-Phenix. Die Tagung muß sich im voraus mit all denen solidarisieren, die in diesem Kampf um ein allgemeines Interesse Risiken eingehen."

Am Sonntag wurde in 16 kleinen Gruppen in den Rathäusern rings um Morestel gearbeitet. Verschiedene Gruppen untersuchten die vorgeschlagenen Aktionsinitiativen und deren Verwirklichung. Diese Gruppen leisteten die wesentlichste Arbeit der Tagung. Um 15 Uhr wurde der Versammlung Bericht erstattet. Folgende Maßnahmen wurden getroffen:

– Zuerst drückte die „coordination" der verschiedenen Arbeitsgruppen ihre Solidarität mit sämtlichen Unternehmen gegen Super-Phenix aus (auch bei Sabotagen), solange sie keinen körperlichen Schaden anrichten.
– Außerdem wurde angeregt, die Stromrechnungen um 15% zu ermäßigen und diese Summe auf ein Sperrkonto zu überweisen (damit das E-Werk den Strom nicht ausschalten kann). Eine Liste der Leute, die dazu bereit waren, wurde sofort aufgestellt. Koordinierung: comité Malville de Grenoble 1, rue Emile Zola.
– Ein Fragebogen über ihre Stellungnahmen hinsichtlich des Nuklearprogramms, der den Kandidaten der nächsten Stadtratswahlen vorzustellen wäre, wurde vorgeschlagen. Gleichzeitig sollten sich die Umweltschützer auf möglichst viele Wahllisten einschreiben.
– Ein aktives Telefonnetz („Reseau Actif") wurde gebildet, damit die Leute möglichst schnell für Aktionen (z.B. Materialtransport stoppen) mobilisiert werden können.
– Verschiedene Aktionen wurden vorgeschlagen, die eine Spannungs- und Verschärfungssteigerung des Kampfes darstellen sollen: Einmischungen in den Faschingsfesten, Hungerstreiks, Demonstrationen usw. . . Die lokalen Gruppen unternehmen diese Aktionen.
– Unter anderem war auch die Rede von einer Solidaritätskasse, um eventuell streikende Arbeiter in Malville zu unterstützen.
– Für den Sommer wurde eine Massendemonstration am 30. Juli angekündigt, um den Bauplatz wieder zu erobern. 3 Grundlagen: die Aktion soll angreifend, entschieden und gewaltlos durchgeführt werden. Im Sinne der Notwehr werden die Beteiligten sämtliche Schutz- und Eroberungsmittel mitnehmen: Schutztücher, Schneidezangen, Bretter, und natürlich Humor. . . Wenn die Polizei einschreitet, was nicht auszuschließen ist, werden wir den Behörden die Initiative der Gewalt überlassen.
– Alle Informationen über die Arbeiten auf dem Bauplatz, über die eingesetzten Firmen, über Materialtransport sollen im Sekretariat der „coordination" gesammelt werden. Der 30.Juli ist insofern interessant, als damit eine Koordinierung der verschiedenen Kämpfe dieses Sommers erreicht werden könnte: Der Demilitarisierungsmarsch im Osten Frankreichs zuerst, danach können die Demonstranten durch die Gegend des Großkanals Rhein-Rhône ziehen. Von Malville weiter zum Larzac, wo eine größere Aktion für den 15.August geplant wird, und natürlich können einige KKW-Bauplätze im Rhône-Tal unterwegs noch besucht werden. . .

DIE FUNDAMENTARBEITEN IN MALVILLE SIND BEENDET

Innerhalb der mit einem elektrischen Zaun umgebenen Festung auf dem Nukleargelände Malville ist die Fundamentsarbeit für den Reaktor beendet, und das Gerüst, das die Mauern abstützen soll, wird in den nächsten Wochen aufgebaut. Die öffentlichen Bauunternehmen Fougerolles und Novasam, beauftragt von der Nersa, einem Zweigunternehmen von EDF, der eigentliche Promotor von Super-Phénix, haben schon große Unterkünfte in Malville/Richtung Creys aufgebaut. Die etwa 100 Arbeiter sind da einquartiert: hauptsächlich Nordafrikaner und Portugiesen. „Lastwagen donnern ständig durch das Dorf", erklärte eine Gemeinderätin. „Schilder für Geschwindigkeitsbeschränkung sind abgelehnt worden. Der Unterpräfekt selbst kam, um die Abnutzung der Straßen festzustellen und der einzige Vorschlag war der, daß der Gemeinderat Grundstücke aufkaufen sollte, um die Straße breiter zu bauen, wobei der Profit davon allein dem Bau der Zentrale zukommen soll. Das haben wir abgelehnt."

In Bouvesser und Mepieu hat es der Gemeinderat abgelehnt, Grundstücke an die EDF zu vermieten, die dort Wohnungen für das Personal einrichten wollte. Obwohl die Bevölkerung dem Bau von Super-Phénix Widerstand leistet, waren bei der Tagung in Morestel wenig Leute da. Die Lokalkomitees waren aber anwesend und hatten Schlafmöglichkeiten bei Leuten aus der näheren Umgebung organisiert.

Am Montag, den 21.,um 5 Uhr in der Früh demonstrierten 200 Leute vor dem Baugelände. Die Mehrheit bestand aus Jugendlichen, Bewohner aus Nachbardörfern waren sehr wenige da. Ein Teil der Arbeiter, die wahrscheinlich früh alarmiert wurden, waren schon auf der Baustelle, der andere Teil mußte wieder abziehen, weil die Demonstranten den Eingang sperrten. Drei Baumaschinen und verschiedene Laster kamen auch nicht rein. Die lokale Gendarmerie erhielt gegen Mittag Verstärkung durch mobile Einsätze. Zwischendurch hatten die Demonstranten von der Bevölkerung Kaffee, Milch, Brot fürs Frühstück bekommen. Auch wenn die Polizei nicht zugeschlagen hat, fanden bestimmte Gewalttätigkeiten gegen Demonstranten statt: Ohrfeigen, Fußtritte in den Unterleib.

Es gab trotzdem Diskussionen zwischen Demonstranten und Arbeitern, die den Demonstranten keineswegs feindselig gesinnt waren. Die Demonstranten hielten den Platz bis 14 Uhr besetzt. Erst die angekündigte Polizeiverstärkung zwang sie, abzuziehen, wobei sie das Lied vom „Wiedersehen" sangen. Sie erklärten, daß dies erst der Anfang wäre und daß sie nicht aufgeben. Auf der anderen Seite wurde das Buch „Creys-Malville, das letzte Wort? ", veröffentlicht vom Generalrat der Isère, am Montag der Presse vorgestellt. Dieses Buch soll, so der Vorsitzende des Generalrats, zur Verbreitung von Informationen beitragen und enthält die wesentlichen Diskussionen der Versammlung des „departements" vom 23. /24. September 76.

Adressen:
„Coordination" des comités Malville: c/o Georges David, Hameau le Pulet, 01680 LHUIS
Secretariat Malville: c/o Marcel Cottiert, Montgarel. 38510 Morestel

aus: Liberation vom 22. Februar 77 und aus einem Brief von „Combat non-violent", 71800 La Clayette

EINLADUNG ZU ANTI-KKW-VERANSTALTUNGEN IN ITALIEN

BOLOGNA 8.März Im Gegensatz zur BRD ist die Anti-KKW-Bewegung in Italien noch relativ schwach und isoliert. Gruppen in Mailand und in Rom wollen daher Ende März/Anfang April Diskussionsveranstaltungen organisieren und suchen dazu zwei deutsche Genoss(inn)en, die aktiv in den KKW-Nein-Gruppen aus der Gegend von Whyl und/oder Brokdorf arbeiten und die auch was zu den technischen und ökonomischen Aspekten der Atomenergie erzählen können. Außerdem sollten sie möglichst italienisch sprechen.

Um alle anderen Einzelheiten regeln zu können,schreibt entweder per Eilpost oder besser noch, ruft an. Und zwar:

00 39 51 / 23 01 99 (Thomas) oder
00 39 51 / 41 90 62 (Cam, Mara).
Adresse: centro di documentazione internazionale c/o libreria 'il picchio', via Mascarella 24 40100 Bologna - Italien

22 UNIS UND FACHHOCHSCHULEN SIND BESETZT

LONDON 8. März Als Protest gegen die geplante Erhöhung von Studiengebühren für selbstständige und ausländische Studenten haben Studenten/innen in ganz Großbritannien Unis und Fachhochschulen besetzt. Die Protestaktion fing vor 3 Wochen an, als Studenten von der LSE (London School of Economics, Rektor ist der deutsche Prof. Ralf Dahrendorf) das Verwaltungsgebäude besetzten. Sie beschlagnahmten Personalakten und andere Dossiers über Studenten. Nach 2 Wochen Besetzung rief Herr Dahrendorf in gewohntem Stil die Polizei, um dieses "traurige Problem zu lösen". Die Studenten aber beendeten die Besetzung freiwillig, was gleichzeitig das Signal gab für Aktionen an anderen Hochschulen. Die Studiengebühren sollen um 313% erhöht werden, was für viele politisch verfolgte Studenten aus Ländern wie Persien, Chile und Uganda die Beendigung ihres Studiums in Großbritannien bedeutet, was unter Umständen auch zur Ausweisung führen kann. Die Besetzungen werden voraussichtlich längere Zeit andauern, und es ist gut möglich, daß mehrere Unis der Protestaktion sich anschließen werden. Die Studentengewerkschaft (National Union of Students, NUS) sieht die Auseinandersetzung als eine grundsätzliche Frage der Solidarität mit politisch Verfolgten, die ihre politische Zuflucht in Großbritannien gefunden haben.

Am Mittwoch, dem 9. März, fand eine nationale Demonstration in London statt, und gleichzeitig regionale Kundgebungen in Leeds und Glasgow.

NATIONALE VERSAMMLUNG DER STREIKENDEN STUDENTEN



ROM 9. März Zwei Tage lang haben die steikenden Studenten aus ganz Italien in der Universität Rom über die Zusammenfassung ihres Kampfes und über die nächsten gemeinsamen Schritte diskutiert. Unter den etwa 5.000 Teilnehmern waren außer den Studenten eine Menge Jungarbeiter und jugendliche Arbeitslose, sowie einige Vertreter KP-oppositioneller Arbeitergruppen anwesend.

Die Berichte der Genossen aus den verschiedenen Städten haben klargemacht, daß es sich hier um eine Bewegung von zehntausenden von Studenten/zukünftigen Arbeitslosen handelt (ca. die Hälfte aller 'Hochschulabgänger' findet keine Arbeitsstelle). Es hat sich ferner bestätigt, daß die herausragenden Kennzeichen dieser Bewegung zum einen in ihrem entschiedenen Antireformismus, zum andern in einem Maß an Autonomie der Revoltierenden besteht, das mit dem Ende der 68er-Bewegung verlorengegangen schien. Zum ersten Mal seit Jahren wird Politik wieder in Massenversammlungen gemacht und zum ersten Mal seit Jahren sind die Versammlungen wieder durch eine breite, aktive Beteiligung der Versammelten geprägt, durch eine politische Wachheit, die jeden Hegemonierungsversuch seitens selbsternannter Avantgarden aussichtslos macht.

Dennoch hat es diese Versuche der Hegemonisierung auch in Rom gegeben und traurigerweise ausgerechnet von denen, die von ihrer politischen Konzeption her eigentlich so etwas wie eine 'authentische' Avantgarde dieser Bewegung hätten sein können, d.h. von Gruppen von Autonomisten aus Rom, die teilweise unter Einsatz körperlicher Gewalt denjenigen das Wort abgeschnitten haben, die nicht exakt auf ihrer Linie standen. Es hat sich so in der Versammlung ein Klima von Gewalttätigkeit, Hysterie und Paranoia breitgemacht, das stundenlang jegliche Diskussion verunmöglicht hat.

Ein Stück weit verständlich wird dieses Klima, wenn man es auf dem Hintergrung des Versuchs der Reformisten sieht, die ihnen aus den Händen geglittene Uni wieder unter ihre politische Kontrolle zu bringen. Zu diesem Zweck hatte die PCI-Jugendorganisation FGCI ihre Leute mobilisiert, die in Rom dann schließlich zahlreich vertreten waren. Daß deren massive Anwesenheit von vielen als Provokation begriffen wurde, ist leicht verständlich, wenn man bedenkt, daß die PCI gerade in den letzten Wochen in vorderster Front mit denen stand, die diese Bewegung zu kriminalisieren versuchen. (Siehe

hierzu auch ID-Bericht in Nr. 167 zum Besuch des Gewerkschaftsbosses Lama an der römischen Uni)

Das Klima der Gewalt hat dazu geführt, daß sich einige Gruppen von der zentralen Versammlung abgespalten und getrennt weiterdiskutiert haben, so die Feministinnen und die 'Indiani Metropolitani' (Großstadtindianer). Letztere hatten die Hegemonisierungsversuche der römischen Autonomisten als übelstes Beispiel der alten, bevormundenden und demagogischen Macker-Politik angegriffen.

Die Versammlung hat insgesamt mehr zur politischen Reflexion und zum Selbstklärungsprozeß der Bewegung beigetragen als daß sie konkrete Ergebnisse hervorgebracht hätte.

Folgendes ist beschlossen worden:

1) am Samstag, dem 12. März wird in Rom einge große nationale Demonstration gegen die Regierung Andreotti stattfinden.
2) an dem Tag, an dem das Gesetz zur Hochschulreform im Parlament vorgelegt wird - wahrscheinlich Mitte März - sollen alle Universitäten und Schulen in ganz Italien besetzt werden.

centro di documentazione internazionale
libreria 'il picchio'
Via Mascarella 24
I – 40 100 BOLOGNA

ERKLÄRUNG DER ‚INDIANI METROPOLITANI' (GROSSSTADTINDIANER) VON ROM

R OM
9. März

„Lange haben wir um den Totem unseres hellen Wahnsinns getanzt. . . Wir haben getanzt und um gespielt um das Feuer unserer Menschlichkeit. . . Wir haben getanzt und gekämpft mit regennassen Gesichtern und vom Wind gepeitschten Haaren. . . Die große Regenzeit ist vorbei. ..

10, 100, 1000 Hände haben sich überall geballt, um das Kriegsbeil zu erheben! Die Zeit der Sonne und der tausend Farben ist angebrochen. . . Es ist die Zeit, daß das Volk der Menschen in die grünen Täler hinabsteigt, um sich die Welt zurückzuholen, die ihm gehört.

Die blauen Kittel haben all das zerstört, was einst Leben war, sie haben mit Stahl und Beton den Atem der Natur erstickt. Sie haben eine Wüste des Todes geschaffen und haben sie „Fortschritt" genannt.

Aber das Volk der Menschen hat zurückgefunden zu sich selbst, zu seiner Kraft, seiner Freude und zu seinem Willen zu siegen, und lauter denn je schreit es mit Freude und Verzweiflung, mit Liebe und Haß: Krieg!!!

1) Freiheit für Paolo und Daddo und alle anderen gefangengenommenen Genossen;
2) Abschaffung der Jugendgefängnisse (als Schritt auf dem Weg zur Abschaffung sämtlicher Gefängnisse); Abschaffung der Ausweisungsbescheide;
3) Beschlagnahme aller leerstehenden Gebäude zwecks deren Gebrauchs als Jugendzentren und als Alternative zum Leben in der Familie;
4) Zurverfügungstellung öffentlicher Mittel zur Finanzierung der alternativen Drogenentwöhungszentren und aller selbstverwalteten kulturellen Initiativen;
5) Allgemeine Herabsetzung der Preise für Kino, Theater und alle anderen kulturellen Veranstaltungen auf die von der Bewegung der Jugendlichen festgelegten Preise;
6) Totale Freigabe von Marihuana, Haschisch, LSD, Pejote, für deren Gebrauch und Mißbrauch, ihre Weitergabe und ihren Anbau, und Ausübung des Monopols hierüber durch die Bewegung;
7) Lohn für den Müßiggang der Jugendlichen;
8) Einen Quadratkilometer Grünfläche für jedes menschliche und tierische Wesen;
9) Herabsetzung des Volljährigkeitsalters für alle Kinder, die – und wenn auch nur auf allen Vieren – von zu Hause fliehen können und wollen;
10) Sofortige Befreiung aller in Wohnungen und Käfigen gefangengehaltenen Tiere;
11) Zerstörung der Zoologischen Gärten und Recht aller gefangenen Tiere, in ihre Heimatländer zurückkehren zu können;
12) Zerstörung des ‚Altars des Vaterlandes' * und dessen Ersetzung duch alle möglichen Formen von Vegetation, mit Raum für die Tiere, die sich dieser Initiative spontan anschließen, mit einem See für Schwäne, Enten, Frösche und entsprechender Wasserfauna;
13) Alternativer Gebrauch der Herkules-Flugzeuge als Transportmittel für die Jugendlichen, die zum Sommerfest nach Machupiju in Peru fahren wollen;
14) Historisch-moralphilosophische Neuwürdigung des Archeopterix (des ersten Reptilienvogels, der in der Morgendämmerung der menschlichen Zivilisation aufgetaucht ist).

Die Versammlung des Volkes der Menschen schlägt vor, ab sofort in nationalem Maßstab gegen die Institution der Familie gerichtete Patrouillen zu organisieren, um die Jugendlichen, und unter ihnen speziell die weiblichen Jugendlichen, der patriarchalischen Tyrannei zu entreißen.

Die indiani metropolitani rufen die gesamte kreative Jugend auf, für den Frühlingsanfang ein nationales Happening des des jugendlichen Proletariats zu organisieren."

* riesiges Monument in Rom

NEUNEINHALB JAHRE GEFÄNGNIS FÜR EINEN GENOSSEN WEGEN „MORALISCHER VERANTWORTUNG"

R OM
4. März

Die Konstruktion einer „moralischen Unterstützung" oder der „Billigung" einer Aktion erfreut sich unter Richtern in letzter Zeit offenbar immer größerer Beliebtheit, um Genossen, denen sie eine nach ihren Strafgesetzbüchern strafbare Handlung nicht nachweisen können, trotzdem in den Knast zu schicken. Das, was sich im Kölner Prozeß gegen K.H. Roth und Roland Otto anbahnt (wenn wir es nicht verhindern), haben jetzt italienische Richter in Rom vorexerziert: sie verurteilten den Genossen Fabrizio Panzieri, der seit über 2 Jahren in Untersuchungshaft sitzt, wegen „moralischer Mitverantwortung" an einer Schießerei während einer antifaschistischen Demonstration, bei der der griechische Faschist Miki Mantakis erschossen wurde, zu einer Gefängnisstrafe von neuneinhalb Jahren.

Der Versuch der Staatsanwaltschaft, den Genossen Panzieri als den Schützen aufzubauen, scheiterte: zuviele Beweise sprachen dagegen (u.a. ein Paraffintest). So blieb also nur die faschistische Konstruktion der „moralischen Mitverantwortung", die sich einzig darauf stützt, daß sich Panzieri in der Gruppe der Demonstranten aufgehalten haben soll, aus der die Schüsse auf Mantakis abgegeben wurden.

Auf dieses schweinische Urteil hin gab es sofort eine breite Protestbewegung und zahlreiche Solidaritätsbekundungen für Panzieri: in vielen Städten Italiens machten vor allem die Schüler und Studenten Demonstrationen für die „sofortige Freilassung von Fabrizio Panzieri."

Am 5.März haben in Rom ca. 10 000 Schüler und Studenten trotz eines Demonstrationsverbotes und trotz eines riesigen Polizei- und Carabinieriaufgebots eine Demonstration durch die Innenstadt gemacht; und wieder ging die Polizei, die von mit kugelsicheren Westen ausgerüsteten Spezialeinheiten verstärkt worden war, knüppelnd und unter dem Einsatz von Tränengas ungeheuer brutal gegen die Demonstration vor. Da wiederum die Universität von Rom der Ausgangspunkt der Mobilisierung war, ist sie – auf Veranlassung des PCI-nahen Rektors Ruberti hin – gleich wieder geschlossen und vorsichtshalber auch wieder von Polizeieinheiten besetzt worden.

Aber auch in anderen Bereichen kam es zu Protesten, wie zum Besipiel unter den fortschrittlichen Juristen, zahlreichen Gewerkschaftssektionen etc. – ja selbst ein Kommentar in der Agnelli-Zeitung „La Stampa" meinte von diesem Urteilsspruch, daß er einem „autoritären System" entspricht.

nach: Lotta continua

HUNGERSTREIK IM PORTLAOISE-GEFÄNGNIS

OBERURSEL 10.März

Das Westdeutsche Irland Solidaritätskomitee (WISK) berichtet:

„Am 7.März sind sämtliche Gefangene des Portlaoise-Gefängnisses der Republik Irland in einen einwöchigen Hungerstreik getreten. Zehn davon wollen ihn auf Leben und Tod führen. Der Protest der Gefangenen – zum größten Teil politische Gefangene der IRA und INLA (Irish National Liberation Army) – richtet sich gegen die Brutalität der Knastbeamten und gegen die Aberkennung des Status als politischer Gefangener.

Schon Tage vor dem Beginn hatte die südirische Regierung erklärt, es seien Dokumente in einer Zelle gefunden worden, die auf einen von außen organisierten Hungerstreik hindeuten. Ein Hungerstreik werde keinen Erfolg haben und falls es Opfer geben sollte, so seien einzig und allein die Führer verantwortlich, die ihn befohlen haben. Die Dubliner Sinn Fein widersprach der Version des „von außen gesteuerten" Hungerstreiks.

US-DESERTEURE PROTESTIEREN GEGEN HETZFILM

STOCKHOLM 8. März

Das „American Deserters Committee" (Vereinigung der Deserteure) protestiert entschieden gegen den Film „Auge um Auge". Regisseur Gunnar Hellström bestellte Sammy Davis als Hauptdarsteller für die Rolle eines jungen Deserteurs der nach Schweden flieht, dort durch die Vietnam-Bewegung an Terroristen vermittelt wird und mit diesen am Weihnachtstag die US-Botschaft überfällt. Dort anwesende Kinder werden als Geiseln festgehalten, endlich fliegt die ganze Bude in die Luft (Auge um Auge). Dieser Film ist nach Ansicht des Committees ein weiterer massiver Versuch der Hetze gegen Deserteure. Dazu muß gesagt werden, daß seit Beginn des Vietnamkrieges 432 000 Deserteure und über 700 000 „weniger als ehrenhaft" Entlassene bei den US-Streitkräften ein ungeheures Problem darstellten. (Anmerkung: Die US-Armee hat sechs Entlassungsgrade, wobei „ehrenhaft" die erste und „unehrenhaft" die letzte ist. Der Großteil der Soldaten wird mit den Graden dazwischen entlassen. Der Entlassungsgrund ist bei der Suche nach Arbeit wichtig, weil er bei der Bewerbung berücksichtigt wird.)

Darüber kann auch die vom neuen Präsidenten Carter großzügig erlassene „Amnestie" nicht hinwegtäuschen, einfach, weil sie nur einen verschwindend geringen Teil dieser großen Menge betrifft.

Zur Rolle von Sammy Davis sagen die Ex-Soldaten: Er hat Nixon unterstützt, ist bei Vietnam-Front-Veranstaltungen aufgetreten und ein reaktionärer Opportunist.

Diese Stellungnahme wurde in der monatlich erscheinenden Zeitung ‚American Exil's News Letter" veröffentlicht, der Stimme der Deserteure in Schweden. Bezugsadresse: Upplands G. 23, 11360 Stockholm.

befinden sollten. Die Verteidigung beantragte, diesen Ordner zu beschlagnahmen. Bruder befragt, ob er den Ordner freiwillig herausgeben wolle, verweigerte dies. Und das nicht ohne Grund!

Die Verteidigung hatte inzwischen festgestellt, daß sich in dem Hefter das 1. Blatt von der Vernehmung von Bruder am 13.5.1975 befand. Als dies festgestellt war und zu vermuten war, daß Bruder seine gesamte Aussage von noch nicht bekannten Stellen erhalten hatte, wurde der Beschlagnahmeantrag erneuert.

Das Gericht gab diesem Antrag . . . . statt.

Tatsächlich befand sich in dem Hefter auch die gesamte Aussage vom 13.5.1975. Damit aber nicht genug: es gab auch noch allgemeine Verhaltensmaßregeln, welche Fragen Polizeizeugen nicht zu beantworten brauchen, u.a. Fragen nach dem persönlichen Geschlechtsverkehr.

Zum jetzigen Prozeßstadium zeigt sich also, daß Beweismittel verschwinden, mit denen man Behauptungen aus der Vorverurteilungskampagne widerlegen könnte, daß beide Polizeizeugen - denn auch Hoffmann hatte einen ähnlichen Aktendeckel unter dem Arm - sich für ihre Zeugenaussage präparieren, daß also die Anklage bereits erschüttert ist.

Diese Tatsache sollte jedoch nicht Anlaß zum Triumphalismus sein, denn Zentrum der Anklage ist und bleibt die politische Gesinnung der zwei (drei) Genossen.

PROZESSBERICHT 15. VERHANDLUNGSTAG

Die Durchsuchung der Anwälte beim Betreten des Verhandlungsraumes wurde um eine weitere Variante bereichert: Heute wurden RA Hartmann die Hosenbeine hochgestreift, um seine Wadenbeine und Fußknöchel begreifen zu können. Der Protest dagegen blieb erfolglos.

Die Verteidiger verlangten nun nochmal, daß ihnen der Inhalt der Durchsuchungsanordnung bekanntgegeben werde. Der Vorsitzende Draber antwortete mit seiner gleichen immer noch unwahren Behauptung, er habe dies bereits erklärt.

RA Heiermann wies treffenderweise darauf hin, daß abzuwarten bleibe, wann - wie in Stuttgart-Stammheim - der Hosenlatz zu öffnen und die Schuhe auszuziehen seien.

Die Verteidiger machten dem Gericht deutlich, daß noch nicht über den Antrag der Beschlagnahme der 'Handakte' (siehe dazu Prozeßbericht vom 2.3.1977) entschieden wurde. Die Entscheidung wurde zurückgestellt, bis der Polizeirat Sengespeik vernommen ist.

Der Polizeirat, der als Verantwortlicher für die Vorbereitung der Zeugen zeichnete, betrat dann den Zeugenstand. Gericht und Staatsanwaltschaft hatten keine Fragen an den Zeugen. Wohl aber die Verteidigung. RA Hannover fragte den Zeugen, ob er durchsucht worden sei. Der Zeuge Sengespeik antwortete, er sei nach der internen Dienstvorschrift der Po-

lizei Nr. 371 durchsucht wurden. Die Frage, wie das geschehen sei, ließ Draber nicht zu.

Als damit offenkundig wurde, daß der Vorsitzende seine sitzungspolizeilichen Maßnahmen nicht selbst bestimmt, sondern bei der Durchsuchung des Polizeioffiziers zum Kriterium der Durchsuchung eine Polizeidienstanweisung macht. Das bedeutet, daß Draber nicht mehr selbst entscheidet, wie durchsucht werden soll, sondern Entscheidungsgrundlage der Justizbeamten Polizeiverfügungen sind.

Karl-Heinz Roth lehnte danach den Vorsitzenden und die zwei anderen Berufsrichter wegen weiterer Befangenheit ab. 1. Das Gericht hat sich am 2.3.1977 geweigert, strafbare Handlungen des Polizeioffiziers (Beleidigungen) zu protokollieren. 2. Polizeivorschriften nicht Anordnungen des Vorsitzenden bestimmen in diesem Prozeß, wer und wie durchsucht wird.

Roland Otto schloß sich dem Antrag an, mit der weiteren Begründung, daß die Berufsrichter ihre richterliche Gewalt an die Polizei abgegeben hätten. Otto hatte diesen Antrag ins Protokoll diktiert, der Vorsitzende weigerte sich, das was im Protokoll dazu niedergeschrieben wurde, verlesen zu lassen; dies schreibt das Gesetz zwar vor (§ 273 StPO), aber Richter Draber ließ sich auch nach Verlesung des Gesetzestextes nicht beirren. Er hat seine eigenen Gesetze.

Die Befangenheitsanträge wurden für zulässig gehalten. Ob das Gericht sie auch für begründet hält? ? ?

ZUM MASSAKER AN DEN SPANISCHEN ANWÄLTEN

WESTBERLIN 9. März

Nach dem Anschlag auf das Büro der Madrider Kollegen vom Dienstag, 25.1.1977, in der Calle Atocha wurde auf internationaler Ebene die Solidaritätsarbeit aufgenommen. Westberliner Anwälte schickten folgenden Brief:

1. Ermordet wurden bei dem Anschlag die Rechtsanwälte: Antonio Holgado Serafin; Francisco Javier Souquillo; Perez del Arco; Enrique Valdevila Ibañez; Luis Javier Benavides Orgaz, ferner der im Büro beschäftigte Sekretär Angel Rodriguez Leal.

Schwere Verletzungen erlitten die Anwälte: Maria Dolores Gonzales Ruiz; Alejandro Ruiz Huerta; Luis Ramos Bardo; Miguel Saravia Gil.

2. Obwohl die Regierung versprach, regelmäßig über den Stand der Ermittlungsergebnisse zu informieren, ist bisher nichts über die Durchführung und eventuellen Ergebnisse von Behördenermittlungen bekanntgeworden. Deshalb haben Rechtsanwälte (wie schon im Falle von Folterungen politischer Häftlinge; Pressekonferenz „Cambio 16", Frühjahr 1976) mit Eigenermittlungen begonnen.

3. Trotz Drängen der Anwaltschaft hat die Regierung bisher nicht allen Büros Schutz gewährt; z.T. wurde nur symbolischer Polizeischutz gewährt (häufige Abwesenheit der Beamten); am 3.2. wurden die Polizeiposten wieder abgezogen.

4. Die Anwaltschaft reagierte mit einem 1-wöchigen Streik, durch Versammlungen etc. der Anwaltskammern anläßlich der Beerdigung der Ermordeten etc. Nur auf Grund der Forderungen der Anwälte gestattete die Regierung ein öffentliches Begräbnis. Dazu versammelten sich über 500 Rechtsanwälte in Madrid (einige Schätzungen nennen 1000 Rechtsanwälte). Die Teilnehmer an der Beerdigung und den Trauerfeierlichkeiten werden auf über 100 000 geschätzt.

5. In der Calle Atocha gibt es zwei Anwaltsbüros. Das eine hat wieder mit der Arbeit begonnen, das betroffene Büro ist wirtschaftlich ruiniert. Dieses Büro vertrat vor allem in Arbeitskonflikten Arbeiter der Arbeiterkommissionen (CCOO). Wirtschaftliche Rücklagen konnten deshalb nicht erarbeitet werden. Im Falle des Anwalts Holgado Serafin und des Sekretärs Rodriguez Leal sind die zahlreichen Familienangehörigen wirtschaftlicher Not ausgesetzt, da die Opfer die einzigen Verdiener waren.

6. Die spanischen Anwälte bitten, folgende Forderungen zu unterstützen:
- genaue Untersuchung des Vorfalls und Bestrafung der Schuldigen
- Die Forderungen der Anwaltskammer Barcelona zu unterstützen:
  - Aufforderung an die Regierung, die freie Berufsausübung ohne Gefahr für Leib und Leben der Anwälte dadurch zu garantieren, daß die faschistischen Organisationen verboten und aufgelöst, ihre Mitglieder entsprechend den Gesetzen zur Verantwortung gezogen werden;
    Aufforderung an die Regierung, alle demokratischen Kräfte des Landes in die Regierung mit aufzunehmen und eine demokratische Koalition zu bilden, um die faschistische Gefahr wirksam mit allen Mitteln bekämpfen zu können.
- Sammlung von Geldmitteln für die Betroffenen.

7. Es soll ein internationales Treffen von Anwälten in Madrid vorbereitet werden, um den aus aller Welt in Madrid eingegangenen Erklärungen der internationalen Anwaltschaft ein entsprechendes öffentliches Forum zu geben und die spanischen Kollegen zu unterstützen.

Die Vereinigung hat in ihrer Mitgliederversammlung vom 31.1.1977 beschlossen:
1) der Kollege Frommann soll die Mitglieder über die Lage der spanischen Anwälte unterrichten.
2) Es soll ein Spendenkonto eingerichtet werden, um die wirtschaftliche Not der Familienangehörigen der betroffenen Anwälte zu lindern.
Dieses Konto lautet:
Vereinigung Berliner Strafverteidiger e.V., Sonderkonto, Bank für Handel und Industrie, 522 31 80/02

STREIK BEI ROCA ERSTMAL BEENDET

BARCELONA 5. März

Anfang Februar haben die Arbeiter der Sanitärkeramik-Fabrik ROCA im südlichen Industriegürtel von Barcelona ihren Streik beendet. Fast drei Monate hatte die gesamte Belegschaft von 4500 Leuten für die Wiedereinstellung von 42 entlassenen Kollegen aus dem Streikkomitee nicht gearbeitet. (ID 161/62/64)

Ihr Arbeitskampf hatte vor allem deshalb nicht nur in ganz Spanien, sondern auch im Ausland – Ende Januar war auch eine Delegation in der BRD – Aufsehen erregt, weil er von Anfang an autonom organisiert und geführt worden war. Pro Abteilung waren Delegierte gewählt worden, die nur vom Willen derer kontrolliert waren, die sie gewählt hatten. Delegierten- und Vollversammlungen hatten regelmäßig diskutiert und Beschlüsse gefaßt. Politische Parteien und Organisationen waren auf Hilfsfunktionen festgelegt.

Dank dieser Arbeiterdemokratie gelang auch eine Mobilisierung über den eigenen Betrieb hinaus. Solidaritätsaktionen ermöglichten es, daß die Familien der Streikenden über drei Monate unterstützt werden konnten.

Zwar wurden die entlassenen Kollegen noch nicht wieder eingestellt, der Betrieb muß ihnen jedoch bis zur endgültigen Gerichtsentscheidung den vollen Lohn bezahlen. Beendet wurde der Streik jetzt, weil u.a. nach drei Monaten Streik die Krankenversichung entfällt.

Die deutsch-spanische Freundschaftsgesellschaft berichtet über den Tag der Wiederaufnahme der Arbeit:
„Am Tage der Arbeitswiederaufnahme fand im Arbeiterviertel von Gavá eine kurze Vollversammlung statt. An ihr nahmen ca. 4 000 Arbeiter und ihre Frauen teil. Es formierte sich ein Demonstrationszug. Durch das Spalier der Guardia Civil marschierten die Arbeiter zum Betrieb. Mit erhobenen Fäusten riefen sie immer wieder: „Unidad! Unidad!" – „Ihr Faschisten seid die Terroristen" – „Der Streik ist zuende, aber der Kampf geht weiter!". Arbeiter, die in anderen Betrieben arbeiten und auf dem Weg zur Arbeit bei Roca vorbeifuhren, stiegen aus ihren Autos und beteiligten sich an der Demonstration."

BAUERNUNRUHEN IN SPANIEN

F RANKFURT
9. März

Nach den zuletzt gemeldeten Streiks der Bauarbeiter, Studenten und Arbeiter ist der Streik der Lehrbeauftragten inzwischen beigelegt worden. Die Lehrbeauftragten haben am 4. März nach 45 Streiktagen die Arbeit wieder aufgenommen. Die Regierung hat ihnen lediglich die Sicherheit eines einjährigen Vertrages ohne Versetzung zugestanden. Auch die Taxifahrer und Gefangenen haben ihre Aktionen zumeist beendet. Nun machen die Bauern ihre Forderungen geltend.

Seit über zwei Wochen demonstrieren und streiken Tausende von Bauern. Der Konflikt begann und konzentrierte sich zuerst in der Region um Kastilien-León und Navarra, hat jedoch mittlerweile nationale Ausmaße erreicht und umfaßt im Moment 15 Provinzen.

In der Gegend von Logroño hatte es mit den Kartoffeln angefangen. Die Regierung verfügte ein Exportverbot, die Bauern blieben zwar still, doch staute sich die Erregung an. In der Provinz von León hingegen ging es um den Import von Bohnen, in Navarra um den Import von amerikanischem Mais und kubanischem Zucker. (Man fragt sich, wie es weitergehen wird, wenn Spanien in die EG eintritt).

Die Hauptforderung der Bauern ist wohl die nach höheren Preisen für Agrarprodukte. Sie fordern die Kontrolle des Zwischenhandels (so kostet z.B. ein Kilo Bohnen, das sie für 25 psts verkaufen, im Endverkauf 90 psts), protektionistische Intervention des Staates, darunter landwirtschaftliche Kredite, um die Produktion zu rationalisieren und zu rentabilisieren. Daneben kämpfen die Bauern für die sozialen Sicherheiten, die die Arbeiter der Industrie längst durchgesetzt haben (darunter Rente ab 60 Jahren).
Sie wenden sich gegen die frankistischen Bauern- und Viehzüchterbrüderschaften und gegen die gewerkschaftliche Agrarkommission. Sie verlangen unabhängige Bauerngewerkschaften und haben jetzt selber eine Koordination der Bauernorganisationen gegründet, die alle Initiativen der aufständischen Provinzen umfaßt. Diese Koordiantion betont, daß die Bauern von der Regierung verlassen, von den Monopolen ausgebeutet (die zum Teil auch staatlich sind) – in ihren nicht-kapitalintensiven Betrieben, die außerdem noch mit hohen sozialen Auflagen belastet sind, zum Untergang verurteilt sind. In Spanien gibt es drei Millionen Bauern, von denen 2,6 Mio weniger als 2 Hektar Land besitzen. Doch nicht sie sind es, die jetzt auf die Straße gehen und ihre eigene Produktion bestreiken. Die „Revolte der Traktoren" bleibt eine friedliche. In ihr explodiert nicht die Wut und Verzweiflung von Arbeitslosen oder landlosen Bauern, die sich gegen den Großgrundbesitz wenden. Die Bauern haben ihre Traktoren, 50 000 an der Zahl (in Spanien gibt es 380 000 Traktoren, die wahrscheinlich auf die 400 000 Bauern verteilt sind, die mehr als 2 Hektar Land besitzen. Traktorenbesitzer sind demnach als relativ wohlhabend einzuschätzen), längs der Landstraßen aufgestellt, sorgen jedoch dafür, daß der Verkehr nicht behindert wird. Sie sind bereit, bei Verhandlunsangeboten, die die Regierung bis jetzt verweigert hat, ihre Kampfmaßnahmen einzustellen.

Die Regierung befindet sich in einer schwierigen Lage. Die Technokraten der 60er Jahre, die die wirtschaftliche Entwicklung in Spanien forcierten, hatten die Bauern und die Landwirtschaft links liegen gelassen. Die traditionelle Basis des Francismus (landwirtschaftliche Arbeiter ausgenommen) hatte zurücktreten müssen. Industrie und Industriearbeiter waren für die Regierung interessanter gewesen. Das Problem der Landwirtschaft ist praktisch unlösbar. Das landwirtschaftliche Spanien war während der letzten 20 Jahre das Vorzimmer eines billigen Arbeitskräftemarkts für die Industriezentren von Madrid, Barcelona und Bilbao und Hauptkontingent der Emigrantenmassen für das übrige industrielle Europa. In den letzten 10 Jahren wurde auf diese Weise eine Million Bauern liquidiert, eine weitere Million sollte in den nächsten Jahren wegrationalisiert werden. Die Zukunft lacht demnach den Großgrundbesitzern und und Latifundisten, die als einzige in der Lage waren, ihre landwirtschaftlichen Betriebe so zu industrialisieren, daß ihre Produktion überhaupt noch relevant und gegenüber ausländischen Produkten konkurrenzfähig bleiben konnte. Bleiben die mittelständischen Bauern, die kleinen bis mittleren Traktorenbesitzer, die zum Teil völlig verschuldet sind, deren Forderungen nach Preiserhöhungen unrealisierbar sind und denen nur eine totale landwirtschaftliche Umwälzung helfen könnte.

ZK DER PDUP HAT SPALTUNG DER PARTEI BESCHLOSSEN

ROM
9. März

Nachdem letzten November auf ihrem Kongreß in Rimini Lotta Continua auseinandergefallen war, ist nun noch eine zweite Partei der italienischen Linken links von der KP kaputtgegangen. Die PDUP, die vor ein paar Jahren aus einem Zusammenschluß der traditionellen Linkspartei PSIUP und der Manifesto-Gruppe (Linksabspaltung der PCI) entstanden war, hat sich formell wieder in ihre beiden ursprünglichen Bestandteile aufgelöst.

Die Spaltung war keine Überraschung. Bereits vor den letzten Parlamentswahlen am 20. Juni 76 waren die Gegensätze zwischen den beiden Flügeln deutlich aufgebrochen; Streitpunkt war damals die Frage, ob Lotta Continua in das Wahlbündnis 'Democrazia Proletaria' mitaufgenommen werden sollte oder nicht. Nach anfänglicher Ablehnung seitens des Manifesto-Flügels, der in der Einbeziehung von Lotta Continua die Gefahr einer zu frontalen Konfrontierung mit Mamma PCI witterte, wurde damals doch noch die Aktionseinheit hergestellt, auf Druck des PSIUP-Flügels im besonderen und auf Druck der öffentlichen Meinung innerhalb der außerparlamentarischen Linken (Verhinderung einer Stimmenzersplitterung) im allgemeinen.

Die opportunistische Haltung des Manifesto-Flügels, dessen Strategie sich immer mehr auf die Rolle des linken Stachels

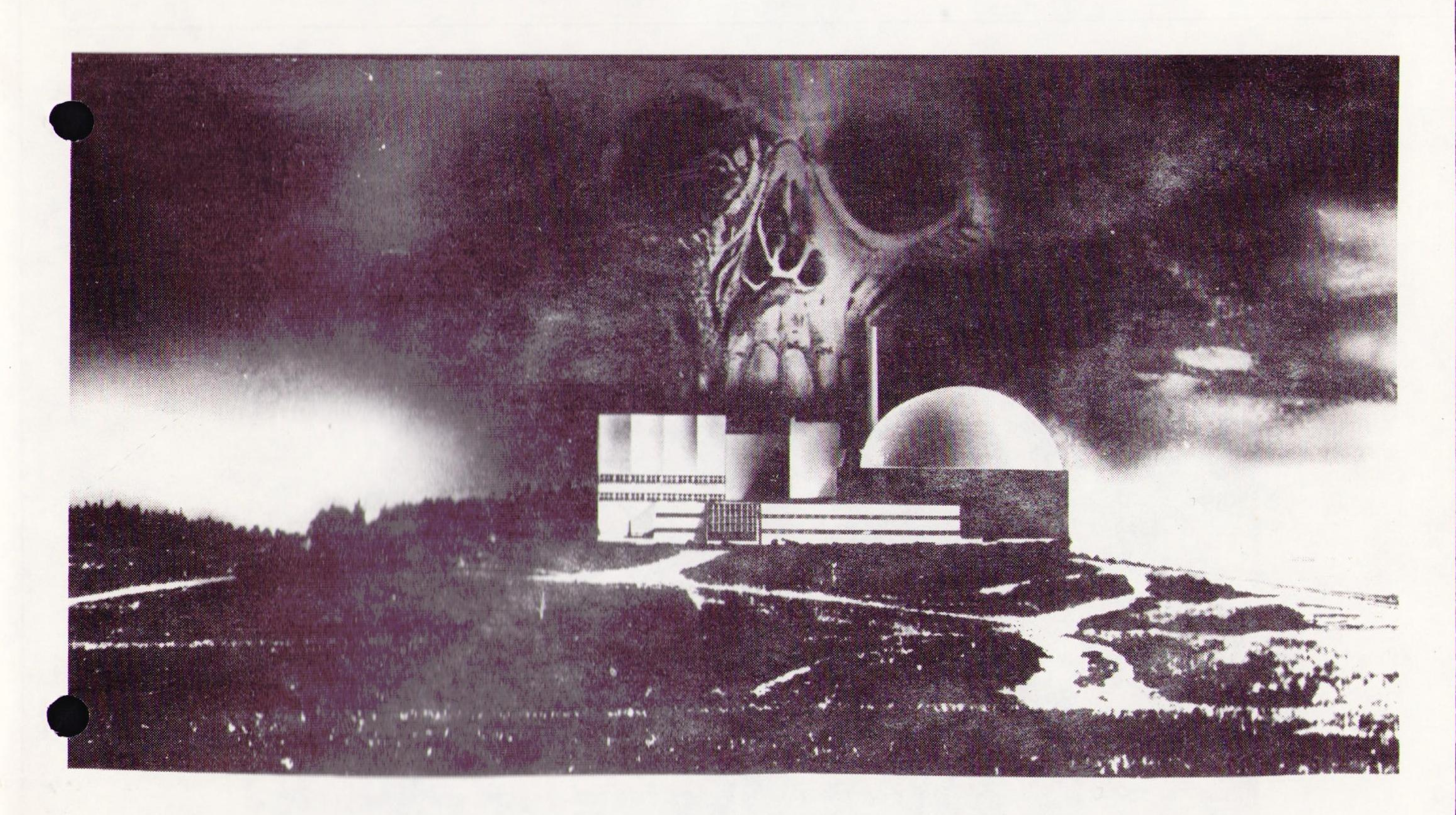
im Fleisch der PCI reduzierte, zeigte sich in der Folgezeit unter anderem daran, daß haufenweise PDUP-Genossen sich wieder in den Schoß der PCI zurückflüchteten.

Jüngster Konfliktpunkt innerhalb der Partei war die Frage der Vereinigung mit der Gruppe Avanguardia Operaia, bzw. eines Teils von ihr. Hier hat sich bei den Manifesto-Leuten noch einmal die Angst aktualisiert, die Partei könne zu weit nach links abrutschen. Für den Manifesto—Expnenten Lucio Magri stellt sich die Aufgabe einer Linkspartei so dar:

'Die PCI ist, trotz ihrer schwerwiegenden und negativen Wandlungen in den letzten Jahren, aus Tradition und aufgrund ihrer Position innerhalb der Gesellschaft doch etwas ganz anders als der Breschnewismus oder die moderne Sozialdemokratie; und es ist kein Zufall, daß sich in ihren Reihen wachsender Unmut andeutet. Es ist deshalb entscheidend, wer sich links von ihr wie bewegt, wer auf welche Weise auf die Krise der Politik des compromesso storico hinarbeitet. Wenn eine neue kommunistische Kraft entsteht, die fähig ist, die soziale Rebellion zu führen, und dabei nicht vergißt, diese Rebellion differenziert zu betrachten und sie durch ein positives und rationales Programm zu vereinigen, eine politische Kraft, die fähig ist, den traditionellen Organisationen eine neue Einheit vorzuschlagen und diese ihnen gegenüber durchzusetzen, dann kann aus den aktuellen Schwierigkeiten eine Wende entstehen und sich der Weg zu einem Sieg öffnen. Wenn man jedoch die radikalen Kräfte sammelt, die durch Kultivierung des Irrationalismus den Protest dazu benutzen, ihn in eine frontale Auseinandersetzung mit bedeutenden Teilen der Arbeiterbewegung zu lenken, dann wird sich ein Auflösungsprozess nicht vermeiden lassen.'

Die Irrationalisten ihrerseits bedanken sich einstweilen bei Magri für sein Bemühen um ein 'positives und rationales Programm' und kümmern sich derweil, wie die von den Unis ausgegangene derzeitige Bewegung zeigt, um ihre eigenen Angelegenheiten und suchen die frontale Auseinandersetzung da, wo sie der frontalen Attacke ausgesetzt sind.

centro di documentazione internazionale
BOLOGNA



nein..... KKW nein..... KKW nein..... KKW nein..... KKW nein..... KKW nein..... KKW nein..... KKW ne

Der ID-Bilderdienst hat eine Fotomontage zum Thema Kernkraftwerke geschickt bekommen. Sie ist sehr feinkörnig und kontrastreich und deshalb gut vergrösserungsfähig und kann als Vorlage für Plakate, Flugblätter, Postkarten u.ä. dienen. Ein ausreichend grosses Original macht gern der Manfred, von dem die Montage stammt. Seine Adresse:
Manfred Wegener, Teutoburgerstr. 16, 5 Köln 1

(NR. 168)

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

!?!

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN!?!

Nummer des Abonnements

bez. ID–Nu...

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.